Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) **Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50,** und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr 4069a, 6. Nachtrag.

Die **Anzeigengebühr** beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 118. **Sonnabend, den 24. Mai 1902.** **9. Jahrgang.**

Hierzu eine Beilage.

Vom neuen Geiste im deutschen Krankenkassenwesen.

Das Gebäude unserer deutschen Arbeiterversicherung machte in den ersten Jahren seines Bestehens, so kann man mit einiger Uebertreibung sagen, den Eindruck eines Anbaues an dem alten Armenhause. Die Leistungen dieser Versicherung schienen von Armenpflegern zugemessen zu sein, so kümmerlich und dürftig waren sie. Das Schlagwort von der verbesserten Armenpflege, das einst über die Versicherung geprägt wurde, enthielt einen tüchtigen Kern von Wahrheit. Die Krankenkassen-Verwaltungen selbst bildeten sich noch sehr zwerghafte Begriffe von ihrer sozialen Wirksamkeit. Sie beschieden sich mit der Gewährung der Mindestleistungen, die das Gesetz vorgesehen hatte.

Nach und nach aber zog ein anderer Geist in die Krankenkassen-Verwaltungen ein. Die Verwaltungen gingen über die gesetzlichen Mindestleistungen hinaus. Sie erstreckten ihre Fürsorge auf die Familien der Krankenkassen-Mitglieder, sie erhöhten das Krankengeld, sie beseitigten die Karenzzeit, sie gewährten den schlecht ernährten Versicherten Milch, Wein und Bäder, ja, sie reichten ihnen in den Walderholungsstätten ein kräftiges Mittagessen. Die Krankenkassen-Verwaltungen bemühten sich, in die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Versicherten einzudringen, und suchten aus einer tiefen und gründlichen Erfassung dieser Verhältnisse heraus den erkrankten Mitgliedern zu helfen. Die Fürsorge des Armenpflegers wurde durch die Fürsorge des weit denkenden und human fühlenden Sozialpolitikers ersetzt. Die Krankenkassen-Verwaltungen suchten durch eine planmäßige Veränderung der ungesunden Lebensverhältnisse der Erkranken diese an Leib und Seele wieder herzustellen. Die moderne Heilstättenpflege wird von den vorgeschrittenen Krankenkassen-Verwaltungen in ihrem vollen Werthe gewürdigt. Die Heilstättenpflege sucht den Patienten zu einer sorgfältigen Ueberwachung seiner körperlichen und geistigen Funktionen zu erziehen, sie will durch diese Erziehung des Patienten durch den Arzt die Fähigkeit entwickeln, „für eine bestimmte Lebensweise, für die Weise zu leben, welche für das betreffende Individuum das Zweckentsprechende, Naturgemäße bedeutet.“ (Dr. Dettweiler.) Sie steuert darauf los, den Patienten zu seinem eigenen Leibarzt zu machen.

Die Krankenkassen-Verwaltungen, die mit dem Geist und Feuer unseres sozialpolitischen Zeitalters getauft sind, streben nicht nur mit Hilfe der modernen hygieinisch-diätetischen Heilmethode die Heilung der Krankheiten, sondern die planmäßige Verhütung derselben an. Die Krankenkassen-Verwaltungen bemühen sich deshalb, in den Kreisen der Krankenkassen-Mitglieder eine gründliche Aufklärung über das Wesen der mörderischen Volkskrankheiten und über den Kampf gegen diese zu verbreiten. Sie veranstalten zu diesem Zwecke hygieinische Vorlesungskurse für ihre Mitglieder. Das Krankenkassen-Mitglied soll nach Möglichkeit seine ganze Lebensweise nach den grundlegenden Lehren der Hygieine zu gestalten suchen. Aber da die besten Lehren oft ohnmächtig sind gegenüber der ganzen Organisation unserer heutigen Lebens- und Arbeitsweise, so suchen die Krankenkassen-Verwaltungen selbst diese Lebensweise zu reformiren. Der Erkrankte lebt, nein vegetirt vielleicht in einer den bescheidensten Forderungen der Hygieine hohnsprechenden Häuslichkeit. Die Beschaffung dieser Häuslichkeit widerspricht direkt den gesetzlichen Wohnungsvorschriften. Die Krankenkassen-Verwaltungen stellen die Wohnungsmißstände durch ihre Kranken-Kontrolleure fest und dringen energisch bei den Behörden auf eine Abstellung der Wohnungsmißstände. In diesem Sinne bethätigte sich die weitsichtige Straßburger Orts-Krankenkasse. Sie veranlaßte die Straßburger Wohnungs-Kommission zu einem energischen Vorgehen gegen zahlreiche Hauseigenthümer.

Die Krankenkassen-Verwaltung wird durch zahlreiche Erkrankungen ihrer Mitglieder auf das Vorkommen bestimmter Berufs-Krankheiten aufmerksam gemacht. Sie untersucht durch ihre Kontrolleure die Arbeitsverhältnisse der Erkrankten und ermittelt dann, daß in einigen Fabriken sehr gesundheitsgefährliche Verhältnisse herrschen. Die Frankfurter Orts-Krankenkasse stellte in einem Akkumulatorenbetriebe zahlreiche Bleivergiftungen fest und setzte unter Anwendung der Paragraphen 61 und 62 des Krankenversicherungs-Gesetzes eine wesentliche hygieinische Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter dieses Akkumulatorenbetriebes durch. In Berlin sorgte die Orts-Krankenkasse der Kaufleute durch ihre Verbindung mit dem Berliner Polizei-Präsidium für gesunde und genügend erwärmte Arbeits- und Aufenthaltsräume ihrer Mitglieder. Sie schritt ferner gegen die Unternehmer ein, die nicht für die ausreichende Benutzung der Sitzgelegenheit der Verkäuferinnen Vorkehrungen getroffen haben.

Die Krankenkassen-Verwaltungen können ferner auf dem Gebiete der Krankheitsverhütung eine sehr sehr segensreiche Thätigkeit entfalten, wenn sie schwache, zu Lungenkrankheiten neigende Elemente durch rechtzeitige Belehrung von bestimmten schweren und gesundheitsgefährlichen Betrieben fernhalten. Der Krankenkontrolleur erhält ja durch die Familienversicherung frühzeitig Fühlung mit den Familien der Versicherten. Der Krankenkontrolleur kann die Familien darauf hinweisen, daß sie bei der an sie herantretenden Entscheidung über den künftigen Beruf der Kinder den Arzt zu Rathe ziehen sollen.

Die Krankenkassen-Verwaltungen vereinigen in sich eine große wirthschaftliche Macht, die sie zu Gunsten einer planmäßigen Gesundheitspflege ihrer Mitglieder einsetzen können. Man stelle sich vor, daß die Berliner Krankenkassen 1899 über mehr als eine halbe Million Mitglieder verfügten und über ein Vermögen von zehn Million Mark geboten, und man wird leicht begreifen, welche Aufwendungen diese Verwaltungen im Interesse ihrer Mitglieder machen können. Eine moderne Krankenkasse ist gleichsam eine Konsumgenossenschaft auf sanitärem Gebiete. Die Konsumkraft der organisirten Massen muß systematisch für die Gesundheitspflege des Volkes benutzt werden. Die Krankenkassen haben ihre Massenkundschaft nur den Lieferanten zuzuweisen, die den Kassen durch den Abschluß günstiger Verträge entgegenkommen. Die Krankenkassenmitglieder erhalten dann Vergünstigungen bei den Heilanstalten, den Badeanstalten, bei den Milchkuranstalten usw. Die Krankenkassenmitglieder werden bei ihren so nothwendigen Erholungsspaziergängen den Gastwirthschaften zugeführt, die besondere Vortheile in Bezug auf gesunde und billige Kost den Krankenkassenmitgliedern einräumen. Wie wohlgefällig würden unsere Landesversicherungsanstalten wirken, wenn sie Walderholungsstätten nicht allein für kranke, sondern für gesunde Arbeiter schaffen würden, wo diesen eine kräftige Nahrung zum Selbstkostenpreis gereicht wird. Das arbeitende Volk wird dann wenigstens in den Genuß einiger ruhiger Ferientage im Jahr kommen. Die heutigen Sonntage unseres Volkes sind meist nervös abspannende Trubeltage und keine wirklichen Erholungstage. Doch wir wollen hier nicht von unserem Thema abschweifen.

Das Krankenversicherungsgesetz hat die Begründung von Krankenkassenverbänden innerhalb des Bezirks einer Aufsichtsbehörde bereits vorgesehen. Die Krankenkassen können sich vereinigen zum Zweck der Abschließung gemeinsamer Verträge mit den Aerzten, Apotheken, Krankenhäusern und Lieferanten von Heilmitteln und anderer Bedürfnisse der Krankenpflege, zum Zwecke der Anlage und des Betriebs gemeinsamer Anstalten zur Heilung und Verpflegung erkrankter Mitglieder, sowie zur Fürsorge von Rekonvaleszenten. Die Krankenkassen-Verwaltungen sollten ihre starke wirthschaftliche Macht ganz in den Dienst der Krankheitsverhütung und Krankheitsbekämpfung stellen.

(„Deutsche Krankenkassen-Zeitung“).

Politische Rundschau.

Deutschland.

Parlamentsmüde? Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete für Jena-Neustadt-Blankenhain, Rechtsanwalt Bassermann-Mannheim, wird, wie dem „Blankenhainer Kreisblatt“ auf Grund eigener Aeußerungen Bassermann's zuverlässig mitgetheilt wird, nicht wieder kandidiren. Das soll wohl nur heißen, daß Herr Bassermann in diesem Wahlkreis nicht mehr zu kandidiren gedenkt; sonst ist von einer Parlamentsmüdigkeit des Herrn Bassermann bisher nichts bekannt geworden.

Der Reichstagsabgeordnete für Saargemünd, Baron de Schmid (Wilder), Guts- und Fabrikbesitzer in Saar-Alben, war Mittwoch Abend vom Kaiser zur Abendtafel nach Schloß Urville geladen. Der Kaiser theilte demselben mit, daß er ihn zum Rittmeister à la suite des Kürassier-Regiments Graf Geßler (Rhein. Nr. 8) in Deutz ernannt habe. Dies Avancement muß um so mehr Aufsehen erregen, als de Schmid bis 1883 bei der französischen Kavallerie gedient und dem deutschen Heere bisher überhaupt noch nicht angehört hat. De Schmid, der im Reichstag seit 1898 sitzt, steht im Alter von 44 Jahren und hat in Paris Mathematik und Naturwissenschaften studirt.

Die Mitglieder und Hospitanten der deutschkonservativen Fraktion werden in der „Kreuzzeitung“ „angesichts der Thatsache, daß auf der Tagesordnung für die Reichstagssession vom 3. Juni ab die „dritte Lesung der Brennsteuervorlage“ stehe, dringend gebeten, ohne Ausnahme vom 3. kommenden Monats ab regelmäßig im Reichstage zur Stelle zu sein.“ — Auch die Opposition wird vollzählig zur Stelle sein.

„Wir fliehen, um tapferer nur zu streiten“, so charakterisirt die „Frank. Ztg.“ die Art und Weise, wie der Reichskanzler durch neue Vernehmungen von Sachverständigen über die Zuckervorlagen brüsk seine Staatssekretäre desavouirt hat. Man traut auf Grund vereinzelter Erfahrung der Reichsregierung einen festen Willen gegen agrarische Ansprüche und Widerstände, selbst in der Vertheidigung einer so guten Sache wie die Beseitigung der Prämienwirthschaft es ist, nicht mehr zu. Die Erinnerung an die Kanalvorlage drängt sich immer auf, in der wiederholt tapfer zurückgewichen worden ist mit der Versicherung, später tapferer noch zu streiten, oder, wie zuletzt es offiziell hieß, „seiner Zeit“ den Kampf wieder aufzunehmen. Diese Zeit kommt in der Zuckersteuerfrage sehr bald.

Das Zentrum und die Industrie-Kartelle. In einer Vertrauensmänner-Versammlung der Zentrumspartei in Bonn, in welcher der Zolltarif besprochen wurde, erklärte, wie man der „Frankf. Ztg.“ drahtet, Reichstagsabgeordneter Spahn: Zweifellos bedeute der Schutzzoll ein Mittel zur Förderung der Syndikate. Hiergegen eine Schutzwehr aufzurichten, sei daher auch die Zentrumsfraktion unter allen Umständen fest entschlossen. Nachdem es doch schon ruchbar geworden sei, stehe er nicht an, zu erklären, daß in seinem Pult ein Syndikats-Gesetzentwurf fix und fertig liege. Die Zentrumspartei will jedoch den Tarif nicht mit neuen Schwierigkeiten belasten und halte daher den Entwurf vorläufig zurück. Der Zweck des Gesetzentwurfes sei Schutz der Bedarfsartikel für die großen Massen, eventuell mit Strafen. — Wenn das Zentrum so sehr davon überzeugt ist, daß der neue Zolltarif mit seinen hochgeschraubten Schutzzöllen die Ausbreitung der Syndikate fördert, warum macht es dann den Wirbeltanz um das goldene Kalb des Schutzzolles mit? Der Gesetzentwurf, den Herr Spahn in seinem Pulte hat, wird die Industriekartelle nicht schrecken, aber auch den doppelt bedrohten Konsumenten nichts helfen. Wer die Auswüchse der Kartelle ernsthaft bekämpfen will, der muß schon beim Zolltarif Farbe bekennen.

Der internationale Bergarbeiter-Kongreß in Düsseldorf nahm Donnerstag zwei Anträge an, die sich auf die Haftpflicht der Arbeitgeber beziehen. Der eine, von den belgischen Delegirten eingebrachte Antrag verlangt die Heranziehung der Arbeitgeber zur Entschädigungspflicht für Unglücksfälle und Haftbarkeit der Arbeitgeber, während nach dem anderen, von den englischen Delegirten eingebrachten Antrag, der Kongreß ein Haftbarkeitsgesetz der Arbeitgeber in solcher Form erstreben soll, daß bei allen Unglücksfällen, die den Arbeitern in den Gruben oder in deren Nähe zustoßen, vom ersten Tage an eine Entschädigung zu leisten ist. Ferner nahm der Kongreß zwei in der Hauptsache gleichlautende, von französischer und englischer Seite eingebrachte Anträge an, wonach die Bergarbeiterschaft aller Länder die gesetzliche Festsetzung eines Minimallohnes anstreben soll. Schließlich sprach sich der Kongreß noch in einer Resolution für die Verstaatlichung aller Bergwerke aus.

Die Agrarier unter sich. Die in letzter Nummer u. Bl. wiedergegebene Meldung, daß der Bund der Landwirthe beabsichtige, im Wahlkreise des verstorbenen Abgeordneten Dr. Lieber einen eigenen Kandidaten für die Reichstagswahl aufzustellen, wird vom Berliner Organ des Bundes dementirt. Die Zentrumspresse hatte sich über die Ankündigung schon gefährlich aufgeregt.

Der Friedenskaiser. Bei dem am Mittwoch erfolgten Empfange des Vorstandes des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen durch den Kaiser hielt der Präsident Schlumberger, der durch seine „komischen“ Reichstagsreden eine gewisse Berühmtheit erlangt hat, eine Ansprache, die darauf auch als Adresse überreicht wurde. Der Kaiser antwortete etwa wie folgt:

Meine Herren! Ich heiße Sie mit Freuden bei mir am heutigen Tage willkommen. Die Aufhebung des Diktaturparagraphen ist ein langjähriger Wunsch der Bevölkerung des Reichslandes gewesen. Ich fand denselben vor, als ich den Thron bestieg. Daß ich diesem Wunsch nicht sofort in den ersten Jahren meiner Regierung stattgegeben habe, beruht auf zwei Gründen. Einmal mußte ich erst die Liebe und Treue meiner Unterthanen gewinnen und das verständnißvolle Vertrauen meiner Kollegen, der Bundesfürsten mir erwerben. Zum anderen begegnete mir das Ausland bei meinem Regierungsantritt mit tiefem, wenn auch unbegründetem Mißtrauen, da es voraussetzte, daß ich nach dem Lorbeer kriegerischer Erfolge strebe. Demgegenüber war es meine Aufgabe, das Ausland zu überzeugen, daß der neue deutsche Kaiser und das Reich ihre Kraft der Erhaltung des Friedens zu widmen gewillt seien. Diese Aufgaben bedurften einer großen Spanne Zeit zu ihrer Verwirklichung. Das deutsche Volk weiß nun, welche Wege ich zu seinem Heil zu wandeln entschlossen bin. Seine Fürsten stehen mir treu zur Seite mit Rath und That. Das Ausland, weit davon entfernt, in uns eine Bedrohung des Friedens zu erblicken, ist gewohnt, mit uns als einen felsenfesten Hort des Friedens zu rechnen. Nachdem nunmehr das Reich im Innern befestigt und nach außen eine überall geachtete Stellung erlangt hat, erachte ich im Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts den Augenblick für gekommen, in welchem ich der Bevölkerung des Reichslandes diesen Beweis meines kaiserlichen Wohlwollens und Vertrauens zu geben im Stande bin. Der Entschluß wird mir um so leichter, als im Laufe meiner Regierung die Beziehungen zwischen den Elsaß-Lothringern und mir sich immer intimer gestaltet und der Empfang seitens der Bevölkerung immer wärmer geworden ist. Nehmen Sie, meine Herren, nochmals meinen innigsten Dank

für die loyale Haltung des Reichslandes entgegen, auf die ich unbedingt baue.

Bei der später stattgefundenen Frühstückstafel theilte der Kaiser dem Präsidenten Schlumberger während der Unterhaltung mit, daß er ihn zum Wirkl. Geheimen Rath mit dem Titel Exzellenz ernannt habe.

Zur Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes faßte die Konferenz der Krankenkassen im Bezirke der Versicherungsanstalt Hannover folgende Beschlüsse: 1. Die auf der ersten Konferenz der Krankenkassen im Bezirke der Landes-Versicherungsanstalt in Hannover versammelten Vertreter erklären, daß sie jeder in einer neuen Krankenkassen-Novelle geplanten Verminderung der Selbstverwaltung oder einer Stärkung des Unternehmereinflusses auf das Entschiedenste entgegentreten, weil hierdurch die gedeihliche und kulturelle Entwicklung der Krankenversicherung auf's schwerste bedroht werden würde. 2. Die Konferenz bittet die Volksvertretung, dahin zu wirken, daß auch der Gewerbebetrieb im Umherziehen in das Krankenkassen-Versicherungsgesetz aufgenommen wird und die Bestimmungen, welche dem entgegenstehen, für ungültig erklärt bezw. aufgehoben werden.

Die bayerischen Konservativen erklären den Zolltarif für „unannehmbar". In der Generalversammlung des Wahlvereins der bayerischen Konservativen in Nürnberg wurde nach einem Vortrage des Reichstagsabgeordneten Diederich Hahn eine Resolution gefaßt, wonach die Zolltarifvorlage der verbündeten Regierungen in keiner Weise die Parität für Landwirthschaft und Industrie wahre. Die Vorlage dürfe daher in der vorliegenden Fassung „unter keinen Umständen" Gesetz werden. Dann heißt es weiter:

„Mit ganz besonderem Bedauern konstatirt die Generalversammlung, daß die bayerische Regierung sich gegen die Forderungen der Landwirthschaft bis jetzt ablehnend verhalten, entgegen dem Votum der überwältigenden Mehrheit der bayerischen Volksvertretung. Die Generalversammlung giebt der Erwartung Ausdruck, daß die bayerische Regierung in der richtigen Erkenntniß der ausschlaggebenden wirthschaftlichen Bedeutung für das Königreich Bayern die Zolltarifforderungen derselben zu den ihrigen machen und im Bundesrath auf das Nachdrücklichste dafür eintreten wird."

Die Einfügung „bis jetzt" wurde beschlossen auf Antrag des konservativen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Nißler, der glaubte, daß die bayerische Regierung in der Zollfrage noch nicht (?) das letzte Wort gesprochen habe.

Eine neue Kanalrede des Handelsministers. In Essen wurde Mittwoch das Dienstgebäude des Bergbauvereins anläßlich der Generalversammlung desselben eingeweiht. Anwesend waren der Handelsminister Möller sowie Vertreter der Eisenbahndirektion, des Oberbergamtsbezirks und anderer Staats- und Stadtbehörden. Nach einer Eröffnungsansprache des Geheimraths Jencke sprach Minister Möller. Er forderte den Verein auf, fortzuschreiten in der Verfolgung seiner wirthschaftlichen und sozialpolitischen Ziele und insbesondere mitzuarbeiten am Ausbau der nationalen Wasserstraßen. Höhnend bemerkt die agrarische „Deutsche Tagesztg.", das Blatt des dicken Oertel, zu der Meldung: „Es scheint, als ob Herr Möller das Bedürfniß hat, sein „Gebaut wird er doch!" bei allen möglichen Gelegenheiten zu rezitiren."

Zu den Ausnahmezuständen in Elsaß-Lothringen nahm der Arbeiter-Wahlverein in Mühlhausen i. E. in seiner letzten Versammlung Stellung. Es wurde einstimmig beschlossen: „die Reichstagsfraktion zu ersuchen, bei der nach dem Hohkönigsburg-Erlaß zu erwartenden Reichstagsverhandlung über die elsaß-lothringischen Ausnahmegesetze einzutreten: a) für die vollständige Einführung des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 in Elsaß-Lothringen (Aufhebung des Ausnahmegesetzes über die Presse für Elsaß-Lothringen vom 8. August 1898); b) für die allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahl des elsaß-lothringischen Landesausschusses durch das Volk." Da die Frage der erneuten Einbringung des Antrages auf Erlaß eines Reichs-Vereinsgesetzes erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergab, wurde von einer Stellungnahme zu dem Punkt für den Augenblick abgesehen.

Der frühere antisemitische Reichstagsabgeordnete Lenz war in seiner Eigenschaft als Redakteur zu verschiedenen Malen wegen Beleidigung durch die Presse und Ankündigung von Heilmitteln bestraft worden. Im Jahre 1894 trat dann die bekannte Katastrophe in seinem Lebenslaufe ein. Er wurde, nachdem er unter seinem Eide unwahre Angaben über sein Verhältniß zu der Ehefrau seines ehemaligen Freundes Dr. Schmitz in Hannover gemacht hatte, wegen Meineid zu drei Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurtheilt. Im folgenden Jahre erhielt er ferner noch drei Monate Zuchthaus, nachdem Frau Dr. Schmitz eingestanden hatte, Lenz habe sie zu einem Meineid verleitet. Als Lenz seine Strafe verbüßt hatte, hielt er sich zuerst in Bremen, dann in Steglitz, Zehlendorf und schließlich in Wilmersdorf auf, wo er literarisch thätig war. Auf Veranlassung des Amtsvorstehers von Wilmersdorf erließ darauf der Polizeipräsident von Berlin auf Grund des § 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 gegen ihn eine Verfügung, Berlin und die Vororte der Hauptstadt zu verlassen. Nach dem erwähnten Gesetz sei die Landespolizeibehörde berechtigt, Personen, welche zu Zuchthaus, oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Thäter sich als ein für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlicher Mensch darstellt, verurtheilt worden sind, von dem Aufenthalt an gewissen Orten auszuschließen. Lenz bestritt, daß vorliegend die erwähnte Bestimmung anwendbar sei, denn er habe aus idealen Beweggründen gefehlt. Nach fruchtloser Beschwerde erhob er Klage gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht, welches jedoch die Klage abwies, da die polizeiliche Verfügung gesetzlich gerechtfertigt sei. — Schon früher haben wir in ähnlichen Fällen — in Sachsen ist man mit der Anwendung einer solchen Bestimmung stets sehr schnell bei der Hand — darauf hingewiesen, daß eine Ausweisung aus derartigen Gründen sich als eine Strafverschärfung für bereits abgeurtheilte Vergehen darstellt, die schon aus rein menschlichen Gründen abzulehnen ist. Die Anwendung der Bestimmungen der Verordnung bedeutet, daß der, der davon betroffen wird, heimathlos gemacht werden kann wie ein Geächteter des Mittelalters; denn jede Polizeibehörde hat das Recht, den Betroffenen sein ganzes Leben lang von Haus und Herd zu vertreiben, wenn er irgendwo den Versuch macht, sich als Bürger sein Brod zu verdienen und als „Geächteter" wieder ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu werden. Hoffentlich sorgt der Reichstag nunmehr endlich dafür, daß die Verordnung außer Kraft gesetzt wird.

Jede Obstruktion ist im Altenburger Landtag verboten. Wie dem „Vorwärts" aus Altenburg berichtet wird, hat dort ein Regierungsvertreter erklärt, Obstruktion sei verboten, wer solche treiben würde, der könne nach dem Wahlgesetz vom Landtag seines Mandates verlustig erklärt werden und verliere auf die Dauer von 2 bis 10 Jahren das Wahlrecht! — Es wäre interessant, den betreffenden Passus, der im Wahlgesetz stehen soll, in seinem Wortlaut kennen zu lernen.

Eine interessante Ordensliste, die unseren Agrariern schweren Kummer bereiten wird, veröffentlicht der „Reichsanzeiger". Danach haben erhalten: Der General-Direktor der Hamburg-Amerika-Linie Albert Ballin zu Hamburg den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit der königlichen Krone, der Vorsitzende des Aufsichtsraths des Norddeutschen Lloyd Georg Plate zu Bremen und der General-Direktor des Norddeutschen Lloyd Dr. Heinrich Wiegand ebendaselbst den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse mit Brillanten, der Vorsitzende des Aufsichtsraths der Hamburg-Amerika-Linie Gustav Tietgens zu Hamburg den Rothen Adler-Orden dritter Klasse. — Den letztgenannten Orden hat übrigens auch Oberregierungsrath Dr. Wörrishoffer in Karlsruhe, der verdiente badische Fabrikinspektor, erhalten.

Die deutsche Lehrerversammlung in Chemnitz hörte in ihrer Sitzung am Mittwoch einen Vortrag des Hauptlehrers Wolgast-Hamburg über: „Die Bedeutung der Kunst für die Erziehung." Vom Werthe und der Nothwendigkeit der künstlerischen Erziehung ausgehend, schilderte Redner den Menschen, den wir erziehen möchten, und verbreitete sich endlich über die Mittel der künstlerischen Erziehung im Allgemeinen und im Besonderen. Der Hauptinhalt des mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages läßt sich kurz in folgenden Sätzen zusammenfassen:

Die Kunst ist Grundlage und Richtschnur für die Ausbildung der künstlerischen Anlagen. Gemäß dem Begriff der harmonischen Ausbildung aller Kräfte verlangt die künstlerische Erziehung eine Stellung im Erziehungsplane, wie sie der Stärke und Allgemeinheit der künstlerischen Anlagen im Kinde entspricht. Indem die künstlerische Erziehung die Lebenstüchtigkeit der Jugend steigert und sie mit einer veredelten Genußfähigkeit und einer verfeinerten Empfindung ausrüstet, hilft sie den Einzelnen fähig machen, an dem mehr und mehr auf künstlerische Kultur gestellten Leben der Nation arbeitend und genießend theilzunehmen. Die künstlerische Erziehung ist der intellektuellen und moralischen gleichberechtigt. Das wichtigste Mittel der künstlerischen Erziehung ist die lediglich auf künstlerische Wirkung ausgehende Darbietung von Werken aus allen Gebieten der Kunst; soweit die Schule hierzu im Rahmen der künstlerischen Lehrfächer (Literatur, Gesang, Zeichnen) nicht im Stande ist, muß sie die öffentlichen Kunstinstitute (Theater, Konzerte, Museen) in Anspruch zu nehmen suchen. Unterstützt wird der Einfluß der Kunstwerke durch Anleitung zu einem ernsthaft betriebenen Dilettantismus, durch Hervorhebung ästhetischer Momente in in allen den Lehrfächern, die dazu Gelegenheit bieten, durch eine künstlerische Gestaltung und Ausstattung der Schulräume. Auf allen Stufen muß neben der unmittelbaren Einwirkung auf den künstlerischen Sinn gleichberechtigt hergehen: eine systematische Uebung der Ausdrucksfähigkeit, eine geordnete und energisch betriebene Ausbildung der höheren Sinne und der schaffenden Handthätigkeit. Da die künstlerische Erziehung der Jugend die künstlerische Bildung des Lehrers voraussetzt, so ist zu fordern, daß das Seminar seine Zöglinge fähig macht, die Aufgaben der künstlerischen Erziehung zu erfüllen, daß jeder Lehrer seine eigene ästhetische Kultur energisch in die Hand nimmt.

An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Debatte, in welcher die gegensätzlichen Weltanschauungen hart aufeinanderprallten. Schließlich wurden die vom Referenten vorgeschlagenen Thesen abgelehnt und dafür folgende Resolution Ries-Frankfurt a. M. angenommen:

Die deutsche Lehrerversammlung begrüßt die neuen kunstpädagogischen Bestrebungen mit Freude und ist überzeugt, daß Schule und Leben eine innere Bereicherung und Veredelung daraus schöpfen werden. Sie hält aber zur Zeit die neu aufgetauchten Probleme noch nicht für genügend geklärt, um jetzt schon bindende Beschlüsse fassen zu können.

Nach einer kurzen Pause sprach Lehrer F. Wolgast-Kiel unter lebhaftem Beifall über das Thema: Einführung des Haushaltungsunterrichts in den Mädchenschulen. Die Abstimmung ergab die Annahme folgender Leitsätze:

1) Die allgemeine Einführung des Hausunterrichts in den Lehrplan der Mädchenschulen ist abzulehnen, weil durch diesen Unterricht die Aufgabe der Mädchenschule als einer allgemeinen Bildungsanstalt nicht gefördert wird, der Unterricht keinem allgemeinen Bedürfniß entspricht und die hauswirthschaftliche Unterweisung der Mädchen zunächst Pflicht des Hauses ist. 2) Wo in großen Städten und Industriebezirken die sozialen Verhältnisse dem Hause die hauswirthschaftliche Unterweisung unmöglich machen, ist sie im Interesse der Erhaltung des Familienlebens der Fortbildungsschule zu überweisen. 3) Wo diese fehlt, muß die Ueberweisung in besondere Kurse unter Anlehnung an die oberen Klassen der Volksschule erfolgen.

Damit war die Tagesordnung der diesmaligen Tagung erschöpft.

Kleine politische Nachrichten. Nach Mittheilung der „Nationallib. Corresp." stellt sich bei den zur Zeit im Reichsjustizamt stattfindenden Berathungen mit Vertretern der verschiedenen Zweige des Versicherungswesens heraus, daß der im Reichsjustizamt ausgearbeitete, vorläufige Entwurf eines Privatversicherungsrechtes in einzelnen Theilen einer Umarbeitung wird unterzogen werden müssen. — Ein deutscher Kolonialkongreß ist, wie die „Post" berichtet, von ca. 60 wirthschaftspolitischen Vereinigungen, gelehrten Gesellschaften und Handelsinstituten für die Zeit vom 16. bis 19. Oktober 1902 anberaumt worden. — Der Ausfall an Einnahmen, den die preußischen Eisenbahnen infolge des schlechten Wetters während der Pfingstwoche erlitten haben, wird von der „Berl. Pol. Nachr." auf 2 Millionen Mark geschätzt. — Wegen Majestätsbeleidigung ist 1893 in Beuthen ein Redakteur Flössel zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Er wurde damals gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Mark freigelassen und flüchtete nach Amerika. Jetzt ist er in Aachen verhaftet worden. — Der Gesammtverband evangelischer „Arbeitervereine", der dieser Tage in Düsseldorf tagte, hat Pfarrer Naumann nunmehr glücklich hinausgewimmelt. Durch eine Statutenänderung wurde seine Wiederwahl in den Ausschuß ausgeschlossen. Naumann selbst war gar nicht erschienen. — Durch Kommandobefehl wurde der Potsdamer Garnison der Besuch von Werder verboten, weil während der Vorstellungszeit eine verhältnißmäßig große Anzahl Soldaten dem Obstwein so stark huldigte, daß sie am nächsten Tage vollständig dienstunfähig waren. — Das Kriegsgericht in Nürnberg verurtheilte den verheiratheten Porzellanmaler Völkel aus Hof, welcher zu einer Landwehrübung eingezogen war und am 24. April in der Kantine zu Bayreuth in betrunkenem Zustande den Unteroffizier Hübner beschimpfte, sowie mit dem gezogenen Seitengewehr, ohne zu treffen, bewarf, wegen Achtungsverletzung und thätlichen Vergreifens an einem Vorgesetzten zu 2½ Jahren Gefängniß. Das Urtheil ist, im Verhältniß zu dem Vergehen Völkels, außerordentlich hart. Hoffentlich nimmt die sicherlich angerufene Berufungsinstanz mindestens eine Milderung des wahrhaft drakonischen Urtheils vor. — Wegen Nachdrucks des Breslauer Adreßbuches, das im Verlag von Graß, Barth und Kompagnie erschienen ist, verurtheilte die Strafkammer in Breslau die Herausgeber des neuen Breslauer Adreßbuches, die Kaufleute Karl Lehmann und Friedrich Panitz, ersteren zu 2000 Mark Geldstrafe, eventuell sechs Monaten Gefängniß, letzteren zu 200 Mark, eventuell 20 Tage Gefängniß. Außerdem wurde auf Einziehung des nachgedruckten Adreßbuches und Vernichtung der Formen und Platten erkannt. — Pobjedonoszew, der bekannte russische Reaktionär, hat dem „Wiesbadener Tagblatt" zufolge seinen auf mehrere Wochen berechneten Aufenthalt in Wiesbaden vorzeitig abgebrochen und ist bereits am Mittwoch Vormittag direkt nach Petersburg zurückgereist. Er wird auf der Reise von einem Geheimschutzmann begleitet. — In Sachen der dänischen Antillen will sich Amerika noch etwas gedulden. Das Kopenhagener Blatt „Politiken" meldet: Der amerikanische Staatssekretär Hay beauftragte den hiesigen Gesandten, Dänemark eine Verlängerung der Ratifikationsfrist des Vertrages, betreffend die dänisch-westindischen Inseln, auf ein Jahr, bis zum 24. Juli 1903, vorzuschlagen. Der Minister des Aeußern, Deuntzer, werde wahrscheinlich schon am Donnerstag dem König den Vorschlag unterbreiten, der zweifellos seine Zustimmung geben werde. — Die schwedische Reichstagssession ist am Donnerstag geschlossen worden.

Schweden.

Vom Wahlrechtskampf. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß unsere schwedischen Genossen nicht dasjenige Ziel mit ihrem Generalstreik erreicht haben, das sie sich ursprünglich gestellt hatten. Der gegenwärtige Reichstag hat trotz der gewaltigen Propaganda der Arbeiterpartei trotz der großartigen Demonstrationen des schwedischen Volkes nicht das allgemeine Wahlrecht definitiv eingeführt, sondern lediglich beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Frage nochmals zu untersuchen und um die Mitte der nächsten Legislaturperiode einen auf das allgemeine Wahlrecht gegründeten Vorschlag nach proportionalem System vorzulegen. Der neue Reichstag muß also noch nach dem alten Wahlrecht gewählt werden, die Reform ist auf drei Jahre hinausgeschoben. „Es ist kein Sieg", schreibt Branting, „und wenn die Arbeiter dennoch Ursache zur Siegesstimmung haben, so ist das wegen ihres bewundernswürdigen Aufmarsches zum Generalstreik. Hunderttausend bei dieser Versuchsmobilisierung und alle ruhig und mit Selbstbeherrschung — wie lange will man einer solchen Macht, die hinter einer Forderung der Gerechtigkeit steht, zu trotzen suchen? Aber wenn die Frage auch dieses Mal gefallen ist, so ist sie doch gleichwohl in ein ganz neues Stadium eingetreten. Unser nächstes Ziel ist gewonnen. Der Regierungsvorschlag ist definitiv begraben und der Ausschußvorschlag ebenfalls. Statt dessen wurden beide Kammern genöthigt, darauf hinzuweisen, daß man an dem allgemeinen Wahlrecht nicht vorbeikommen kann. Ohne dieses wird kein Friede im Lande werden." — Leider ist der Wahlrechtskampf nicht ganz ohne Opfer geblieben, indem er nämlich vereinzelte Unternehmer zu Repressalien-Versuchen veranlaßt hat. Besonders hat sich in dieser Beziehung die große Stockholmer Fabrik „Separator" hervorgethan, die tausend Arbeiter auf das Straßenpflaster geworfen hat und den Austritt der Arbeiter aus den Gewerkschaften fordert. Da man auch deutsche Arbeiter zu Streikbrecherdiensten anzuwerben sucht, so seien die deutschen Arbeiter an ihre Solidaritätspflicht gemahnt.

Rußland.

Das Attentat auf den Gouverneur von Wilna. General von Wahl, der Gouverneur von Wilna, hat das Attentat, das ihm das Schicksal Ssipjagins bereiten sollte, dem Umstande zuzuschreiben, daß er es verstanden hat, sich zu einer der bestgehaßtesten Persönlichkeiten Rußlands zu machen. Die Thätigkeit, welche er in Wilna entwickelte, trug ihm sogar den Namen des Henkers von Wilna ein. Er war stets ein Mann großer Rücksichtslosigkeit allen selbstständigen Forderungen der Bevölkerung gegenüber, aber wie sehr seine „Politik der starken Hand" den Charakter eines Schreckensregimentes hatte, darüber ist in der deutschen Presse doch noch wenig mitgetheilt worden. Unter diesen Umständen dürfte die der „Berl. Ztg." zur Verfügung gestellte Uebersetzung einer Korrespondenz aus Wilna interessiren. Es heißt darin: Seit einigen Wochen lebt Wilna im Zeichen des Terrorismus. Der Gouverneur Wahl, früher Oberpolizeiminister in Petersburg verhängte, um die Gnade des Zaren zu gewinnen, über Wilna und das ganze Gouvernement den Ausnahmezustand. Für die geringsten polizeilichen Verfehlungen bestrafte er die Bürger mit 500 Rubeln, die schlechter Situirten mit Gefängnißstrafen von einigen Monaten. Die gewöhnlichen Hauswärter organisirte er zu einer Art Polizei, die die Bürger auf Schritt und Tritt verfolgt und über die unschuldigsten Ereignisse, wie Bälle, Gesellschaften usw. sofort die Polizei benachrichtigt, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Vor dem 1. Mai ging das Gerücht in Wilna um, Wahl habe Ruthen kommen lassen, die er in Wasser legen lasse. Niemand glaubte diesem Gerücht. Indessen war es wahr. Während der üblichen Manifestation am 1. Mai arretirte man Arbeiter, von denen folgenden Tages 36 im Vorzimmer des Polizeiarrestes durchgepeitscht wurden. Es assistirten dabei einige Aerzte und der Gouverneur selbst, der die Hiebe zählte. Man kann es bestenfalls Gehirnverwirrung nennen, die der Satrap bei der bestialischen Freude empfand, da er sah, wie die Unglücklichen zu Krüppeln gepeitscht wurden. — Wenn der Delinquent hereingeführt wurde, begann Wahl höhnisch: „Wünschen Euch Feiertage!" und dann, indem er auf die Ruthen wies: „Da etwas Unverhofftes!" . . . Der Unglückliche wurde entkleidet. Es folgte die Frage: „Wie alt?" — „Fünfzig!" — „Gebt ihm fünfzig Hiebe!" — „Vierzig!" — „Gebt ihm vierzig Hiebe!" Ein Verwegener rief, er sei eine Million Jahre alt. Darauf bekam er 100 Hiebe

in Ohnmacht und der Arzt befahl 5 Minuten zu [illegible] und dann die Exekution fortzusetzen. Alle stimmten darin überein: die Zeiten Murawiews (des Henkers) waren lange nicht so schlimm wie die gegenwärtigen. Damals war Krieg und der Terrorismus war eine natürliche Folge. Wahl ist kein Neuling in derlei Methoden. Vor 25 Jahren ließ er als Gouverneur von Witebsk einige ältere Gymnasiasten durchpeitschen. Später als kurskischer Gouverneur ließ er einige Leute zu Tode schlagen. Da er noch Polizeiminister in Petersburg war, brach in der Tabakfabrik von Laferme, die ca. 900 Arbeiterinnen beschäftigt, ein Streik aus. Die Arbeiterinnen beklagten sich nun bei ihm, sie verdienten bei 14stündiger Arbeitszeit 18 bis 25 Kop. Da schrie Wahl voller Wuth: „Verdient mehr mit Prostitution!" Die Korrespondenz schließt: Die Bürger von Wilna sind im allgemeineinen ruhig und geduldig, da sie den Terrorismus immer zu fühlen bekommen hatten. Aber jede Geduld hat ihre Grenzen und das um so mehr, als die revolutionäre Bewegung immer weitere Kreise zieht.

Zahlreiche Verhaftungen haben, nach Petersburger Meldungen, dort wegen des Attentates auf den Generalgouverneur von Wilna stattgefunden. Es heißt ferner, der Zar werde nicht nach Moskau gehen, falls die Polizei nicht „befriedigende" Ergebnisse aus ihrer angestellten Untersuchung erzielt.

Der Zar und Loubet scheinen einen Rekord für Toaste schaffen zu wollen. Nachdem sie am Dienstag beim Diner, wie schon mitgetheilt, auf den russisch-französischen Zweibund angestoßen hatten, toasteten sie am Mittwoch beim Frühstück gegenseitig auf die Armeeverbände. Der „Friedenszar" erhob sein Glas „auf das Gedeihen und den Ruhm des tapferen französischen Heeres", während Loubet „auf das Gedeihen und den Ruhm der tapferen russischen Armee" trank.

Bauernunruhen, die das Eingreifen des Militärs zur Folge hatten, haben nach der amtlichen „Terekzeitung" im Dorfe Gisel stattgefunden. Bei der Ankunft des Militärs im Dorfe Gisel läuteten die Bauern Sturm, liefen, mit Dolchen bewaffnet, zusammen und schlugen den Kreischef Stabskapitän Stepanow nieder, nachdem derselbe den ersten Schuß unter die Bauern gefeuert hatte. Die Bauern verprügelten ihn und hinderten die Kosaken am Eingreifen. Die Rädelsführer sind verhaftet und und werden dem Gericht übergeben werden.

Serbien.

Das erste Debut des rekonstruirten Ministeriums Wuitsch ist gleich schlecht ausgefallen. Der oppositionelle Radikale Schiwkowitsch griff die Regierung an, weil sie mit demselben Programm vor dem Parlament erscheine, über welches sie erst vor einigen Tagen gefallen sei. Wuitsch antwortete, die Regierung werde die Sanirung der Finanzen und die Entwickelung der Volkswirthschaft erstreben. Die ganze Opposition verließ hierauf demonstrativ den Saal, auch dankte der erste Vizepräsident, Aza Stanojewitsch ab, sodaß die Sitzung aufgehoben werden mußte.

Oesterreich-Ungarn.

Bauernrevolte. Einem Wiener polnischen Blatte wird aus Skole berichtet:

Das dem Abgeordneten Byk gehörige Gut Zupanie sollte verkauft werden und die Gemeinde Zupanie beabsichtigte, es zu erwerben. Es kam aber ein jüdischer Gasthauspächter zuvor. Als die Gemeinde dies erfuhr, entstand große Erregung, und mehrere Hundert Bauern sammelten sich vor dem Gasthause und stürmten es; sie zertrümmerten Thüren und Fenster, zerstörten alle vorräthigen Spirituosen und demolirten die Einrichtung. Der Pächter rettete sich mit seiner Familie, aber die Dienstboten mußten der Wuth der Menge Stand halten. Als die Gendarmerie kam, war nichts mehr zu retten. Der Untersuchungsrichter berief die Rädelsführer nach Skole. Alle Bewohner von Zupanie erklärten jedoch, kein einziger Mann dürfe verhaftet werden. Der Vorfall hat in der Nachbargemeinde unter der jüdischen Bevölkerung eine Panik hervorgerufen, da weitere Ausschreitungen der Gebirgsbewohner befürchtet werden.

Belgien.

Eine neue revolutionäre Arbeiterpartei wollen der Sohn und Bruder des unlängst verstorbenen Abgeordneten Alfred Defuisseaux im Borinage gründen, wo man bekanntlich mit der Haltung der Fraktion während des Wahlrechtskampfes sehr unzufrieden ist. Indessen legen die führenden Genossen in Brüssel den Defuisseaux'schen Spaltungsversuchen keine allzu große Bedeutung bei.

England.

Der Gemeindeausschuß des Londoner Gemeindebezirks Battersea, in dem viele sozialistische Arbeiter wohnen, beschloß, wie man der „Frankf. Zeitung" drahtet, Mittwoch Abend in einer stürmischen Sitzung mit einer Stimme Mehrheit, daß der Adresse, welche die Gemeindebezirke von Süd-London dem Könige zur Krönung überreichen wollen, das Siegel von Battersea nicht angehängt werde, wodurch die Adresse keinen offiziellen Charakter gewinnt.

Spanien.

Mit der anarchistischen Verschwörung, die man während der Krönungstage in Madrid entdeckt zu haben glaubte, wird es immer windiger. Eine offiziöse Erklärung bestätigt jetzt, daß die Dynamitpatronen, die bei dem verhafteten Bureaubeamten der Versicherungsgesellschaft gefunden wurden, ganz unschädliche Patronen waren, mit denen ein Attentat gar nicht hätte begangen werden können. Die nach Angabe des angeblichen „Lopez" bei den eigentlichen Verschwörern befindlichen wirklichen Dynamitpatronen wurden überhaupt nicht gefunden. Das Ende vom Liede wird schließlich eine große Blamage der staatsretterischen Madrider Polizei sein.

Zwischen den Einwohnern von Oleros und Sada (Provinz Coruna) kam es wegen lokaler Fragen zu Thätlichkeiten, bei denen mehr als sechzig Personen verwundet wurden, unter ihnen mehrere schwer.

Kongo.

Eine Verschwörung zur Ermordung der Europäer und zur allgemeinen Plünderung soll nach Meldungen, welche soeben in Antwerpen eingelaufen sind, die aus 90 Negern bestehende Polizei von Bana angezettelt gehabt haben; die Verschwörung sei jedoch im Keime erstickt worden. Auch in Katanga wurde angeblich, wie der in Antwerpen eingetroffene Major Chaltin einem Vertreter des „20. Jahrhunderts" erklärte, eine gegen die belgischen Offiziere gerichtete Verschwörung entdeckt. An einem Offizier sei ein Vergiftungsversuch vorgenommen. Fünf Schwarze, die der Mitschuld an diesem Verbrechen überführt waren, seien erschossen worden. — Bei den furchtbaren Gewaltthaten, welche die europäischen Zivilisatoren gegen die Kongoneger verüben, kann es kein Wunder nehmen, wenn die Schwarzen rebelliren.

Transvaal.

Frieden in Sicht? Der Schauplatz der Friedensverhandlungen ist wieder nach Pretoria verlegt worden. Am Sonntag trafen, wie erst jetzt bekannt wird, dort sechs von der Konferenz in Vereeniging gewählte Delegirte, darunter Mitglieder der beiden Regierungen, nebst Dewet, Delarey und acht Sekretären, ein und nahmen Wohnung in einem Gebäude neben dem Hause Kitcheners und Milners. Man wird sich erinnern, daß den Buren, ehe sie zu der Versammlung in Vereeniging zusammentraten, von englischer Seite bedeutet wurde, es würde gar keinen Zweck haben, Delegirte zur Wiederanknüpfung der Verhandlungen mit Kitchener und Milner nach Pretoria zu schicken, wenn dieselben nicht seitens der Theilnehmer an der Versammlung in Vereeniging vollkommen ausreichende Vollmachten zu definitiven Abmachungen erhalten würden. Es müssen also die in Vereeniging gewählten Delegirten der Buren mit solchen Vollmachten ausgestattet worden sein. Das aber setzt wieder voraus, daß trotz aller Gegensätze in den Meinungen zuletzt doch in Vereeniging eine Basis der Verständigung gefunden worden ist. Ueberhaupt ist es ja noch fraglich, ob die Meldungen, welche über die angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Transvaalburen und den Freistaats-Buren eingetroffen, zutreffend waren. In London ist man über die Ankunft der Burendelegation in Pretoria hocherfreut. Man athmet dort ordentlich auf, nachdem man schon geglaubt hatte, die Verhandlungen würden sich abermals zerschlagen. Wie nach einer Reutermeldung verlautet, ist im englischen Kriegsamte Donnerstag eine Depesche Lord Kitchener's über die Friedensverhandlungen eingetroffen. Für Freitag ist ein Ministerrath einberufen.

Der deutsche Burenkrieger Baron Kaynach schwamm, wie man der „Frkf. Ztg." aus New-York kabelt, zweieinhalb Stunden von Burts Island nach Bermuda, wo er jedoch nicht verborgen bleiben konnte und sich daher den englischen Behörden wieder stellte.

Vereinigte Staaten.

Streikunruhen. In den Anthracitgruben kam es zu Zusammenstößen. 1500 Ausständige hielten die Gruben besetzt, während unter Bedeckung bewaffneter Polizisten die Streikbrecher herbeigeführt wurden. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoße, an dem die Polizei sich nicht betheiligte, sondern zuschaute. Die Streikbrecher wurden mit blutigen Köpfen heimgeschickt. Seitdem halten 300 mit Gewehren bewaffnete Polizisten die Gruben besetzt. Die Arbeit ist noch nicht aufgenommen.

Westindien.

Die Katastrophe auf den Kleinen Antillen. Neue Schreckensnachrichten kommen aus dem Erdbebengebiet. Der Kapitän des „Suchet" meldete aus Fort de France, daß auch Mittwoch früh wieder ein Steinregen auf die Stadt niederging und eine neue Panik veranlaßte. Die „Helga" löschte eine Ladung Kohlen, mußte dies aber aufgeben. Zahlreiche Bewohner verlassen Martinique. Aus Carbet und den benachbarten Orten brachte der Dampfer „Suchet" 240 Personen nach der Hauptstadt. Der französische Kolonialminister forderte telegraphisch den Gouverneur von Martinique auf, sofort zu telegraphiren, ob die Lage es nothwendig erscheinen lasse, die Insel ganz oder theilweise zu räumen, und die Mittel zu nennen, deren er bedürfe, um die Räumung durchzuführen, falls sie nothwendig werden sollte; ferner richtete der Minister die Bitte an die Kompagnie Transatlantique, dem Gouverneur die Dampfer, die sich vor Fort de France befinden oder dort anlaufen, zur Verfügung zu stellen.

Aus Kingstown auf St. Vincent wird der „Daily Mail" vom Mittwoch gemeldet: Ich besuchte gestern Georgetown (St. Vincent). Die Straßen sind völlig unter Steinen und vulkanischem Staube begraben. Die wenigen noch stehenden Häuser und drei große Zelte sind voll von Verletzten, deren Zustand zu schrecklich ist, als daß man ihn beschreiben kann; 60 Prozent werden sich nicht erholen. Hunderte von Bedürftigen erhalten Lebensmittel. Gräber von Menschen und Reste von Thieren sieht man überall. Das Land außerhalb der Stadt ist so verwüstet, daß es einer Sahara gleicht. Ueberall sind die Flüsse verschüttet. In einem Thale liegt der Staub 60 Fuß tief, die Bäume, die noch stehen, haben keine Blätter; überall liegt der Staub etwa vier Fuß hoch

Vom amerikanischen Festlande kommt die nachstehende Meldung: In Florida wurden in der Nacht zum Mittwoch zahlreiche Erdstöße beobachtet, hauptsächlich in der Nähe von St. Augustine, wo unterirdische Geräusche wie Donnerschläge vernommen wurden, und die Erde merklich zitterte. Amerikanische Geologen halten ganz Mittelamerika, besonders die Staaten Guatemala, Nicaragua und Costarica, wo mehrere Vulkane in Thätigkeit sind, für sehr gefährdet. Sie widerrathen deshalb den Bau des Isthmus-Kanals und ganz besonders den des Nicaragua-Kanals.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 23. Mai.

Zuzug von Maurern und Zimmerern nach Kiel ist wegen der dortigen Aussperrung fernzuhalten!

Achtung, Bauhandwerker! Der Zuzug von Maurern nach Neustadt i. H., Burg a. F. und Dömitz, sowie von sämmtlichen Bauhandwerkern nach Neumünster ist fernzuhalten, da sich die dortigen Kollegen im Streik befinden.

Achtung, Maschinisten und Heizer! Am Sonntag Nachmittag 4 Uhr findet im Konzerthaus Fünfhausen eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Maschinisten und Heizer statt. Unsere Leser werden gebeten, Bekannte in Kreisen der Maschinisten und Heizer hierauf aufmerksam zu machen. In der Versammlung soll die Wahl einer Zahlstellenverwaltung erfolgen, auch das neue Statut und die Mitgliedsbücher kommen zur Ausgabe.

Oeffentliche Versammlungen der Ziegeleiarbeiter finden am kommenden Sonntag Nachmittag 4 Uhr in der Stadt bei Leeke und in Moisling bei Schatt statt. In Moisling spricht Genosse Dammer, in der Stadt Genosse Stelling über „Das Koalitionsrecht und die Arbeiter." Die Genossen werden gebeten, die Ziegeleiarbeiter auf diese beiden Versammlungen aufmerksam zu machen, damit auch diese geplagte Arbeiterkategorie der Organisation zugeführt wird.

Die Erhöhung der Senatsgehaltes wird bereits am Montag in der Bürgerschaftsversammlung zur Erörterung gelangen. Der diesbezügliche Antrag von Rabe ist von sämmtlichen Mitgliedern der Bürgerschaft, mit Ausnahme des Herrn Pape, unterzeichnet worden. Wer mag wohl der intellektuelle Urheber dieser ganzen Gehaltserhöhungsfrage gewesen sein?

In den Ruhestand versetzt ist vom Senat der bisherige Rathsdiener Isernhagen zum 1. Oktober d. Js.

Gewerbegericht. Am Donnerstag lagen dem Gewerbegericht drei Sachen zur Entscheidung vor. Um eine Fortsetzung der Verhandlung handelte es sich bei der Klage des Zimmermanns St. gegen den Bauunternehmer B. Der Sohn des Klägers war bei dem Beklagten seit dem 2. April d. Js. in der Lehre; es war zwischen den Parteien eine vierwöchentliche Probezeit vereinbart worden. Vor Ablauf dieser Zeit hat der klägerische Sohn am 25. April Mittags die Arbeitsstätte verlassen, worauf Beklagter sich weigerte, den vereinbarten rückständigen Lohn für $4^1/_2$ Tage mit 4 Mk. 50 Pf. zu zahlen. Im ersten Termin behauptete Beklagter, daß der klägerische Sohn vom Vater zum Verstoß gegen die Werkstattordnung veranlaßt worden sei, er habe vor Beendigung der Arbeitszeit seine Arbeit aufgegeben. Hierüber sollten Zeugen vernommen werden. Das Gericht lehnte jedoch am Donnerstag die Zeugenvernehmung ab und verurtheilte den Beklagten zur Zahlung von 4 Mk. 50 Pf. In den Urtheilsgründen hieß es, daß, da nach dem Lehrvertrag während der Probezeit das Lehrverhältniß jederzeit gelöst werden könnte, der Sohn des Klägers zum Verlassen der Arbeit befugt gewesen sei. Auf die weiteren Einwände der Beklagten einzugehen, erübrige sich nach Feststellung dieser thatsächlichen Verhältnisse. — Zurückgezogene Klage. Die Maurer D. und B. standen bei den Bauunternehmern H. u. G. seit März ds. Js. gegen 53 Pf. Stundenlohn in Arbeit; Kündigung war ausgeschlossen worden. Am 15. Mai, Vormittags $8^1/_2$ Uhr, wurden sie von dem Beklagten entlassen, erhielten aber ihre Arbeitsbescheinigung erst um 11 Uhr und ihren verdienten Lohn um 4 Uhr. Da es ihnen hierdurch unmöglich gemacht war, für diesen Tag noch Arbeit anzunehmen, klagten sie beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Entschädigung für diese verloren gegangene Zeit; als Maßstab nahmen sie den Stundenlohn von 53 Pf., sodaß also für diese $7^1/_2$ Stunden eine Entschädigung von je 3,97 Mk. gefordert wurde. Der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts, Senator Dr. Stooß, ersuchte die Kläger um Zurücknahme ihrer Klage und motivirte dieses Ersuchen damit, daß sich zwar nach der Fassung des neuen Gewerbegerichtsgesetzes die Zuständigkeit der Gewerbegerichte auch auf Streitigkeiten, welche nach Lösung des Arbeitsverhältnisses entstanden seien, erstrecke. Das hiesige Gesetz sei aber dieser Fassung noch nicht angepaßt worden. Da somit nach hiesigem Gesetz das Gericht nur zuständig sei für Streitigkeiten, welche direkt dem Arbeitsverhältniß entsprungen seien, so würde wahrscheinlich eine Abweisung wegen Unzuständigkeit erfolgen müssen. Jedenfalls würde das bestehende Gesetz in nächster Zeit einer dem Reichsgesetz entsprechenden Aenderung unterzogen werden. Die Kläger zogen denn auch ihre Klage zurück, um dieselbe beim Amtsgericht anzubringen. (Wir werden auf diese Gesetzesauslegung, die im Widerspruch mit der bisherigen Praxis des hiesigen Gewerbegerichts steht, noch zurückkommen. D. Red.) — Anerkannt wurden seitens des Bauübernehmers H. die Forderungen des Zimmerers M. und der Tischler Ba., K. und Br., welche auf Zahlung von rückständigen Löhnen im Betrage von insgesammt 183,33 Mk. klagten. Der Beklagte erklärte, bisher nicht in der Lage gewesen zu sein, um den Lohn zahlen zu können. Er erklärte sich jedoch bereit, am Freitag Abend 98,67 Mk. und am Sonnabend Abend den Rest zu begleichen. Es wurde ein diesbezügliches Anerkenntnißurtheil erlassen.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug am Donnerstag Nachmittag $11^1/_2$ Grad Celsius.

Ein paar ausgewachsene Marder machten in letzter Zeit die Geflügelställe des westlich von der Israelsdorfer Allee belegenen Theiles der Vorstadt St. Gertrud unsicher. Hoffentlich gelingt es recht bald diese beiden vierfüßigen Einbrecher zu ermitteln und ihre Mordthaten mit dem eigenen Fell bezahlen zu lassen.

Die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft beschloß in ihrer am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 6 Proz.

pb. **Ermittelt** wurde, daß der s. Zt. bei einem festgenommenen Bettler vorgefundene silberne Fingerhut, nicht, wie unwahrer Weise von diesem behauptet wurde, von ihm in der Holstenstraße gefunden war, sondern von demselben in einem Hause der Karpfenstraße gestohlen ist. Mit dem Fingerhut zusammen hat derselbe noch einen goldenen Damenfingerring mit 5 Opalen in demselben Hause gestohlen. Diesen Ring will er auf dem Wege von der Karpfenstraße nach der Lachswehr-Allee verloren haben.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein früherer Kaufmann aus Flensburg, der dringend verdächtig ist, bei einem hiesigen Klempner einen Löthkolben gestohlen zu haben.

pb. **Festgenommen** wurden am gestrigen Tage zwei Personen wegen Bettelns und drei Personen wegen Trunkenheit.

Aufgehobene Konkursverfahren. Die Konkursverfahren über den Nachlaß des am 26. Oktober 1901 zu Lübeck verstorbenen Kaufmannes und Möbelhändlers J. H. Ch. Hake und über das Vermögen des Kaufmanns Gädt sind nach erfolgter Schlußvertheilung resp. bestätigtem Zwangsvergleich aufgehoben worden.

Stockelsdorf. Eine Wegegemeinde-Versammlung fand am Dienstag Abend 8 Uhr im Kaffeehaus Stockelsdorf statt. Die Tagesordnung war wiederum die Chaussirung des Lohweges. Anwesend waren 43 Stimmberechtigte mit einem Stimmgewicht von 82 Stimmen. Die Regierung hatte ein Schreiben gesandt, in welchem verlangt wird, daß die Fahrbahn eine Breite von sage und schreibe acht Meter und auf jeder Seite der Fahrbahn einen Steig von $1^3/_4$ Mtr., mithin eine ganze Breite von elf-

einhalb Meter haben soll. Die Hauptchaussee in Stockelsdorf enthält nur 4 bis 5 Meter Fahrbahnbreite. Diese Forderung ist nach unserem Wegegesetz das höchste Maß, welches für Kunstwege vorgeschrieben wird. Offenbar soll es Herrn Michaelsen schwer gemacht werden, seine angekauften Grundstücke zu verwerthen; es wird ihm schließlich nichts anderes übrig bleiben, als zu verzichten. Zunächst wurde ein schriftlicher Antrag beim Bauernvogt eingereicht, nach dem der Weg entsprechend dem Beschlusse vom 15. März gebaut und die Regierung um schleunige Ertheilung der Zustimmung hierzu ersucht werden soll. Im Falle der Ablehnung soll Beschwerde beim Ministerium erhoben werden. Ein zweiter Antrag besagte, daß Herr Michaelsen eine Kaution in Höhe von 5000 Mk. bis zur Fertigstellung zu leisten hätte; dann soll er 3000 Mk. zurück erhalten, während der Rest von 2000 Mk. bis zur endgültigen Abnahme nach zwei Jahren stehen bleibt. Ein dritter Antrag bezweckte, die Höhe der Bausumme als Kaution zu stellen und sechs Jahre die Unterhaltung zu tragen. Wer lacht da? Zur Abstimmung per Stimmzettel gelangte zunächst Antrag 2, der mit 55 gegen 27 Stimmen angenommen wurde. Antrag 3 wurde dagegen mit 52 gegen 28 Stimmen abgelehnt, während Antrag 1 mit 50 gegen 22 bei 6 ungültigen Stimmen angenommen wurde. Bei dieser Abstimmung kam wieder einmal so recht die Eigenthümlichkeit des Stimmrechts zum Vorschein. So bestanden bei der Abstimmung über den Antrag 2 die 55 Stimmen aus 34 Stimmenden, dagegen die 27 Stimmen aus nur 9 Stimmenden. Eine schöne Gleichheit!

Stockelsdorf. Eine Versammlung der Allgemeinen freiwilligen Krankenkasse findet am Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn L. Paetau statt. Auf der Tagesordnung steht die Gründung der Kasse. — Eine Fabrikarbeiter-Versammlung findet am gleichen Tage, Abends 8 Uhr, im selben Lokal statt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein Großfeuer kam Mittwoch auf dem Gute Bandelsdorf in der Nähe von Rostock zum Ausbruch. Hierbei fanden etwa 80 Kühe, 20 Haupt Jungvieh und 1 Pferd ihren Tod in den Flammen. — Während eines Gewitters wurde der Müllergeselle H. zu Tessin vom Blitz niedergeworfen. Die ganze rechte Seite wies Spuren des Blitzes auf, und namentlich war die Ferse stark verbrannt. — Auf Requisition der Hamburger Staatsanwaltschaft wurden bei einer großen Firma in der Deichthorstraße sämmtliche Geschäftsbücher beschlagnahmt und eine Haussuchung vorgenommen. Es soll sich um bedeutende Summen handeln, um die der Eisenbahnfiskus geschädigt ist, indem Waaren bei der Versendung falsch deklarirt wurden, so daß billigere Frachtsätze zur Anrechnung kamen. Der Geschäftsinhaber behauptet, daß sein Kommis ohne sein Vorwissen die Betrügereien ausgeführt habe.

Hamburg. Wegen Majestätsbeleidigung hatten sich am Donnerstag der 20jährige Kontorbote B. und der um einige Jahre ältere Arbeiter K. vor der Strafkammer zu verantworten. Mangels anderweitiger Beschäftigung nahmen die beiden Fremde eines Tages an einem Schaufenster mehrere Bilder in Augenschein. Dabei führten sie einige recht dumme beleidigende Redensarten über die Bilder des Kaisers und des Fürsten Bismarck. Vier ebenfalls am Fenster stehende jugendliche „Patrioten" hatten nun nichts Besseres zu thun, als die beiden Freunde zu denunziren. Die Folge war die Verurtheilung beider Angeklagten zu je 5 Monaten Gefängniß. Die vier Denunzianten zogen froh und vergnügt ob des Erfolges ihrer Angeberei von dannen.

Kiel. Die Kieler Polizei und das Vereinsrecht der Gewerkschaften. Der Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands, Bezirk Kiel, hatte zum 21. Mai eine Mitgliederversammlung anberaumt. Zu hieser Versammlung hatten sich auch eine Anzahl Handlungsgehülfinnen eingefunden, um sich in den Verband aufnehmen zu lassen. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und die Tagesordnung bekannt gegeben hatte, forderte der überwachende Polizeibeamte auf, die anwesenden Frauen aus dem Versammlungslokal zu entfernen. Vom Vorsitzenden und vom Referenten wurde der Beamte darauf aufmerksam gemacht, daß es sich hier um eine gewerkschaftliche Organisation handle, somit der Ausschluß der Frauen von der Versammlung jedenfalls absolut nicht gerechtfertigt sei. Außerdem wurde auf den Ausspruch des Ministers des Innern verwiesen. Alles war jedoch vergeblich. Der Ueberwachende erklärte, daß der Verein als ein politischer angesehen werde und seine vorgesetzte Behörde den Ausschluß der Frauen angeordnet habe. Als nun der Vorsitzende die Erklärung abgab, unter keinen Umständen die Frauen hinausweisen zu wollen, erklärte der überwachende Beamte die Versammlung für aufgelöst.

Neustadt i. H. Lohnbewegung der Maurer. Zum 19. Mai wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Maurer Neustadts einberufen, die sich hauptsächlich mit der Lohnfrage zu beschäftigen hatte. Nachdem die Maurer vergangenes Jahr eine Erhöhung des Lohnes von 35 auf 38 Pf. gefordert hatten, wurde ihnen von den Meistern auf Ehrenwort versprochen, daß die Forderung vom 1. Januar 1902 ab bewilligt werden sollte. Trotz mehrfacher Aufforderung aber wurde das Versprechen nicht gehalten. Infolgedessen wurde von der Versammlung mit 26 gegen 4 Stimmen beschlossen, die Arbeit nach Pfingsten nicht wieder aufzunehmen.

Rendsburg. Soldatenmißhandlung. Der Gefreite R. von der 2. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 85 ist wegen Mißhandlung eines Untergebenen von dem Kriegsgericht der 18. Division zu 10 Tagen Mittelarrest verurtheilt. Seine Berufung dagegen wurde vom Oberkriegsgericht verworfen, jedoch das Reichsmilitärgericht hob das Urtheil der Berufungsinstanz auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Oberkriegsgericht zurück, weil es die Rüge des Verurtheilten, daß sein Vertheidiger zur Hauptverhandlung nicht geladen sei, für einen ausreichenden Revisionsgrund hielt. Der Angeklagte war früher auf einer Unteroffiziersschule, wurde dort aber wegen seines unmoralischen Verhaltens entlassen und trat dann 1899 bei dem 85. Regiment als Ersatzrekrut ein. Er kapitulirte später, wurde Gefreiter und schließlich Korporalschaftsführer. Als solcher hat er eines Tages einem Musketier, der mit einer kleinen Verspätung zum Dienst kam, dafür zwei Faustschläge in's Gesicht gegeben und ihm dann einen solchen Stoß vor die Brust versetzt, daß er gegen die Wand flog. Der Mißhandelte hat längere Zeit an Ohrensausen gelitten. Das Kriegsgericht hält zehn Tage Mittelarrest für eine angemessene Strafe für diese That und bestätigt das alte Urtheil wiederum.

Bremen. Abtretung preußischen Gebiets an Bremen. Aus Bremerhaven wird den „Berl. N. Nachr." gemeldet: Dem Vernehmen nach schweben Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und dem Bremer Staat wegen Abtretung von etwa 400 Hektar preußischen Gebiets, das hauptsächlich zur Erweiterung der Bremerhavener Anlagen dienen soll. In Bremen ist darüber nichts bekannt geworden.

Oldenburg. Es tagt auch in den Köpfen der russischen Wanderarbeiter! An den von einigen Wochen von Oldenburger Torffabriken eingeführten russischen Wanderarbeitern erleben die Patrone nicht bloß Freude, sondern auch Aerger. Alles lassen sie sich doch nicht gefallen. Um sich selbst gegen die Russen vor Kontraktbruch zu sichern, haben die Arbeitgeber an jene wie auch an die außerdem noch in den Torfmooren beschäftigten Münsterländer Arbeiter das Ansinnen gestellt, sich von ihrem Lohne 2 Mark die Woche abziehen zu lassen für Ansammlung eines Fonds, der Eigenthum der Unternehmer wird, wenn der Arbeiter vor der vereinbarten Endigung des Arbeitskontraktes die Arbeit verläßt. Dieses Ansinnen lehnten die Russen ganz entschieden ab, und auch die Münsterländer Kollegen schlossen sich ihnen an. Da die Unternehmer darauf bestanden, legten die Russen und die Münsterländer die Arbeit nieder. Das half. Die Unternehmer nahmen nun von ihrem Verlangen Abstand. In den Torfmooren arbeiten die Leute im Akkord und verdienen 4 bis 5 Mark. Wie sie dafür aber arbeiten müssen, das kann man an ihren Händen sehen, die gefurcht sind fast wie die Rinden einer Eiche.

Letzte Nachrichten.

Berlin. Durch einen Einbruch wurden aus dem Bureau der Zahlstelle des Tapeziererverbandes 1851 Mk. in baarem Gelde entwendet. Das Geld sollte zur Unterstützung Streikender bei einem etwaigen Ausstande dienen. Trotzdem die Verfolgung sofort eingeleitet wurde, hat man von den Einbrechern noch keine Spur.

Belzig. Mailüfterl. Erfroren ist in einer der letzten Nächte auf der Chaussee zwischen Belzig und Niemegk ein Einwohner aus der Stadt Niemegk; der Mann hatte in Belzig stark der Flasche zugesprochen und sich dann, um auszuruhen, an der Landstraße niedergelassen. Am Morgen wurde er als Leiche vorgefunden.

München. Muttermord. Am Pfingstsonntag Abend erdrosselte der ledige Kaufmann Karl Mund in Pfersee (Bayern) seine Mutter nach einem Wortwechsel wegen einer Geldforderung, die ihm von der Mutter verweigert worden war. Die bejahrte Frau starb kurz nach ihrer Verbringung in das Krankenhaus. Der Thäter wurde verhaftet.

Angler Meierei-Butter, das feinste, was es in Naturbutter giebt, Pfund 1.15 Mk., täglich frisch. August Holst, Kupferschmiedestr. 7.

Mittwoch Nachmittag entschlief sanft nach schwerem Leiden meine liebe Frau und unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Catharine Tonagel, geb. Schröder

im Alter von 66 Jahren.

Tief betrauert von

Joachim Tonagel nebst Kindern

und allen Verwandten

Die Beerdigung findet am Montag den 26. Mai, Nachm. 1½ Uhr, von der St. Lorenz-Kapelle aus statt.

Danksagung.

Allen Denen, die meiner lieben Frau und unserer guten Mutter die letzte Ehre erwiesen und ihren Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere Herrn Pastor Evers für die trostreichen Worte am Sarge der lieben Entschlafenen unsern herzlichsten Dank.

Familie Schütt.

Ein freundliches Logis für einen jg. Mann oder Mädchen zu sogleich

Ernestinenstraße 18, I.

Ein verheiratheter junger Mann sucht Stellung als Heizer bei der Drehmaschine oder eine ähnliche Beschäftigung

Off. u. C B 65 an die Exped. d. Bl.

Altes Fischbein

wird gegen baar gekauft.

H. Stoppelman, Schirmfabrik, Hüxstr. 40.

1 Kinderbettstelle u. 1 Kinderwagen

billig zu verkaufen

Augustenstraße 15e, part.

Fahrrad, gebr., billig

Holstenstraße 8.

Beim Ringreiten am 2. Pfingsttag wurde eine

Taschenuhr mit Kette gefunden.

Abzuh. bei **F. Scheel sen.** in Gr. Steinrade.

Achtung!

Prima Rindfleisch	45 Pfg.
Prima Kalbfleisch	50 Pfg.
Prima Schweinefleisch	65 Pfg.

Fritz Möller, Kohlenhauer 86,

bei der Großen Grubengrube.

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Krambuden 4.

Arbeits-Garderoben aller Art

in bekannt guter, starker Waare.

Joppen, Hosen, Röcken, Kittel, Hemde, Normal- u. Flanell-Unterzeuge etc.

Reelle Bedienung. Billige Preise.

Achtung!

Metallarbeiter!

Extra-

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag den 25. Mai

Vormittags 11 bis 4 Uhr Nachmittags

bei Fr. Leeke, Ledersstrasse 3.

Tages-Ordnung:

Wahl zum Gewerkschafts-Kongreß.

Stichwahl zwischen Junge-Hamburg und Wissell-Lübeck.

Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu dieser Stichwahl zu erscheinen. — Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden. —

Die Ortsverwaltung.

Eine Partie sehr fetten

Tilsiter Käse

Pfund 40 Pfg.

Dr. Mehnstr. 10. Haus Wegener.

Eine 1½schläfige Muschel-Bettstelle

billig zu verkaufen Chaisestraße 17.

Verkaufe gelbkochende Magnum bonum-Kartoffeln, 200 Pfd. 3,80 Mk.

J. Klüwer, Schwartauer Allee 133.

Fahrräder und Nähmaschinen

reparirt gut und preiswerth

Fr. Busse

Königstraße 93. Fernsprecher 1292.

Neue und gebrauchte Fahrräder und Nähmaschinen zu jedem Preis.

Zubehörtheile billigst.

Sophas, Chaiselongues, Garnituren, Rohr- und Polsterstühle, Vertikows, Kleiderschränke, Küchenschränke, Trumeaux und Pfeilerspiegel, Konsole, Salon- und Eßtische, Stuben- und Küchentische, Bettstellen mit Matratzen, Waschtische, Nachtschränke, Möbelstoffe, Matratzendrelle, Teppiche, Bettvorleger, Paneelbörter, Gardinen und Portieren, Stangen, Bilder, Hausegen u. s. w. zu

enorm billig. Ausverkaufspreisen.

Beckergrube 20.

Einige 100 Stück

halbe Margarine-Tierces

mit eisernen Griffen, passend für Landleute und Bauhandwerker, hat abzugeben

Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

H. Kronsbein

Schlachterei u. Wurstmacherei

32 Kottwitzstraße 32

— Ecke Bülowstrasse —

empfiehlt

pa. Ochsenfleisch, fettes Kalbfleisch, sowie sämmtl. Fleisch- und Wurstwaaren in bester Qualität. Jeden Sonnabend von 5 Uhr: **Wm. Knackwurst.**

Rindfleisch	Pfd.	45 u. 50 Pfg.
Kalbfleisch	Pfd.	40 -
Schweinefleisch	-	65 -
Carbonade . .	-	70 -

Sowie sämmtl. Wurstwaaren

W. Strohfeldt

Glockengießerstraße 73

Markthallenstand Nr. 14 und 15.

Prima Kopf u. Bein

per Pfd. 25 Pfg.

M. Lahrtz, Böttcherstr. Fernspr. 1291.

— ff. Aufschnitt ff. —

M. Lahrtz, Böttcherstr. Fernspr. 1291.

Verantwortlicher Redakteur für den gesammten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", sowie die mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 118. Sonnabend den 24. Mai 1902. 9. Jahrgang.

Die Lage der deutschen Bergarbeiter.

Auf der Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes, über die bereits in Kürze berichtet wurde, ist die Lage der Bergarbeiter von den Vertretern der einzelnen Reviere geschildert worden. Da dieser Punkt von besonderem Interesse ist, geben wir einen ausführlicheren Bericht nach der „Frankf. Ztg." darüber wieder:

Den ersten Bericht erstattete der Delegirte Scholtiseck-Oberschlesien: Der tägliche Lohn für den Bergarbeiter beträgt in Oberschlesien nach der letzten Statistik 3 Mark 10 Pf. Der Preis der Kohlen ist im oberschlesischen Bezirk um eine Mark pro Tonne gestiegen, während der Arbeitslohn bedeutend heruntergegangen ist, speziell auf der Zeche Friedrich Wilhelm, wo obendrein die schlechtesten Arbeitsverhältnisse herrschen. Auch die Arbeitszeit ist äußerst lange. Mit Ausnahme der Erzgruben werde in Oberschlesien noch die 12stündige Schicht verfahren. Für den erkrankten Arbeiter ist schlecht gesorgt. Meist müssen die Erkrankten in das Krankenhaus, dann bekommen die Familien pro Tag 30 Pf. Krankengeld; bei höheren Beiträgen steigt die Unterstützung für die Angehörigen bis zu 1,10 Mk. pro Tag. Mit den Pensionen ist es dort ebenfalls sehr schlecht bestellt. Unternehmer und Polizei arbeiten einander in die Hände in Bekämpfung der Arbeiterorganisationen.

Bergmann-Niederschlesien: Den Versprechungen von Verbesserungen der Lage der Arbeiter stehen thatsächliche Verschlechterungen entgegen. Ein Werk mit 4000 Arbeitern stellte diesen das Ultimatum, entweder in eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden einzuwilligen, oder mit Lohnreduktion und Feierschichten vorlieb zu nehmen. Ein christlicher Unternehmer warf kurz vor Weihnachten 50—60 Arbeiter aufs Pflaster, darunter solche, die bereits eine 20- bis 30jährige Dienstzeit hinter sich hatten. Bei uns haben wir auch noch den Vorzug, Frauen auf den Gruben beschäftigt zu sehen.

Joachim-Mitteldeutschland: Im Braunkohlenbergbau ist die zehnstündige Arbeitsschicht fast allgemein, nur in einzelnen Betrieben wird 9 Stunden gearbeitet, dagegen wird die Arbeitszeit im Sommer auf 11 bis 12 Stunden erhöht um bei Eintritt der schlechten Konjunktur auf 6 bis 4 Stunden reduzirt zu werden. Sehr mangelhaft ist die Grubenkontrolle. Während meiner elfjährigen Thätigkeit im Bergbau habe im niemals einen Kontrollbeamten gesehen. Sehr gefährlich ist es auch Beschwerde zu führen, weil der Name des Beschwerdeführers bekannt wird und dieser Waghalsige erhält die Abkehr. Die Behandlung der Kranken ist eine sehr eigenartige. Bei Feststellung der Diagnose heißt es meist: unfähig zur Grubenarbeit, oder Simulant. Bei allen diesen Mißständen ist der Lohn und die Behandlung der Arbeiter sehr miserabel.

Dölle-Eisleben: Im Mansfelder Kupferbergbau kann man von schlechter Konjunktur nicht bei den Unternehmern, wohl aber bei den Arbeitern reden, denn die Löhne erfuhren erhebliche Reduktion. Der Hauer verdient 2,70—2,80 Mk. Wenn man den Namen Mansfeld vernimmt, bekommt man das Gruseln. Daß Kinder unter 16 Jahren im Mansfeld'schen arbeiten, ist auch ein Skandal. Trotzdem die Unternehmer im vorigen Jahre 5½ Millionen Ueberschuß erzielten, ist auf den dortigen Gruben nicht einmal Waschgelegenheit vorhanden, sogar nicht einmal Trinkwasser kann man bekommen, die Oerter zum Abhau werden — man staune — an den Mindestfordernden vergeben. Bei diesen Versteigerungen ging man schon bis fast auf ein Drittel des angesetzten Normalgedinges herunter. Im Harz, wo die Gruben fiskalisch sind, beträgt der Lohn für Hauer bis zu 2,60 Mk. bei zehnstündiger Arbeitszeit.

Zimmermann-Zwickau: Bei uns im Königreich Sachsen wird von den Unternehmern der Kampf gegen die Organisation mit großer Hartnäckigkeit geführt. Männer und Frauen, die in Strafanstalten untergebracht sind, müssen gegen den freien Arbeiter als Konkurrent auftreten. Lohnreduktion haben wir als Folge der Krise zu verzeichnen, dabei beträgt die Arbeitszeit 11—12 Stunden.

Hohfeld-Dortmund: Meine Vorredner von andern Revieren haben mit Recht über die bei ihnen bestehenden Mißstände Klage geführt, man darf aber nur nicht glauben, daß die Lage der Arbeiter im Ruhrrevier eine rosige sei. Die Löhne sind bei uns an verschiedenen Stellen um 1,— bis 1,20 Mk. zurückgegangen. Ueber die Behandlung der Arbeiter wird allseitig Klage geführt. Aenderung ist auch nothwendig hinsichtlich der Verschiedenheit des Rauminhaltes der Wagen. Theilweise werden die Schichten verlängert durch vorzeitigen Beginn der Einfahrt der Belegschaft. Umgekehrt verfährt man bei der Ausfahrt. Die Verschiedenheit der Gedingelöhne ist auch zu tadeln.

Spaniol-Oberhausen: In meinem Revier sind die Arbeiter thätlichen Mißhandlungen durch Betriebsführer ausgesetzt. Die Stimmung der Kameraden ist infolge des rigorosen Vorgehens der Unternehmer eine äußerst gereizte. Die Rechtsprechung an den Berggewerbegerichten läßt viel zu wünschen übrig.

Partenkirchner-Hausham (Oberbayern): Wir haben im Allgemeinen nicht derartige Klagen zu führen, wie die Vertreter der anderen Reviere, aber der Grund dafür ist zu finden in den günstigen Organisationsverhältnissen, die bei uns vorhanden sind. Die Lage der Arbeiter ist aber auch bei uns keine rosige, die Arbeiterausschüsse fanden bei der Grubeninspektion Entgegenkommen. Auf den fiskalischen Gruben in Pleißenberg hatten wir harte Kämpfe zu führen.

Klein-Saarbrücken: Im ganzen Saargebiet macht man den Arbeitern das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht einfach illusorisch. Dem Grubenausschuß wird sogar verboten, in seinen Sitzungen die Lohnfrage zu erörtern, und dies auf fiskalischen Gruben.

Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig gefaßt:

„Die Generalversammlung des deutschen Bergarbeiterverbandes vernimmt mit Entrüstung, wie unwürdig noch immer die Arbeiter in den deutschen Bergrevieren behandelt werden. Sie protestirt entschieden gegen die Brutalitäten, ebenso gegen die rigorosen Lohnabzüge und Bestrafungen. Die Delegirten sind der Ansicht, daß diese Aufreizungen der Belegschaften nur zu dem Zweck geschehen, um die Arbeiterschaft in einen Streik zu treiben. Dagegen fordert die Generalversammlung alle Berufsgenossen auf, sich nicht zu einem Streik provoziren zu lassen, da derselbe augenblicklich nur den Unternehmern zum Nutzen gereichen würde. Ruhe ist gerade jetzt unsere beste Vertheidigung und Werbung für die Organisation unsere erste Pflicht, damit, wenn die Zeit für uns günstiger ist und die Unternehmer den Frieden nicht wollen, wir den gerechten Kampf für unsere Rechte aufnehmen können. Die General-Versammlung erwartet von den Regierungen, daß sie den Uebelständen im Bergbaubetrieb in gründlicher Weise durch gesetzliches Eingreifen zu Gunsten der Arbeiter ein Ende machen."

Soziales und Vorteilchen.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Maurer in Königsberg stehen in einer Lohnbewegung; sie fordern 50 Pf. Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Die Bauunternehmer hielten es nicht einmal für nothwendig, den Gesellen eine Antwort zu geben, als ihnen die Forderung vorgelegt wurde. Die Bauinnung erklärte, daß sie nicht mit der Lohnkommission, sondern nur mit dem Gesellenausschuß, der so gut wie unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gewählt wurde und nur aus Polieren besteht, verhandeln werde. Es finden noch Auseinandersetzungen statt. Inzwischen ist aber bei mehreren Unternehmern, deren Bauten bis zu einem der Lohnkommission zusagenden Stadium gediehen waren, die Arbeit eingestellt. Mehrere Unternehmer haben daraufhin bewilligt. Die Bauten anderer Unternehmer sollen dafür in diesen Tagen durch Arbeitseinstellung zum Stillstand gebracht werden.

Eldorado für Unternehmer. In der Flachsspinnerei Lainek (Oberfranken) wird bei einer 11stündigen Arbeitszeit an männliche verheirathete Arbeiter ein Taglohn von 1,50 Mk., für ledige ein solcher von 1,40 Mk. bezahlt. Die Arbeiterinnen werden mit einem Taglohn von 1,45 Mk. entlohnt; besonders Anstellige, die befähigt sind, zwei Spinnstühle zu versehen, also die Arbeit von zwei Personen verrichten, bekommen täglich 5 Pf. mehr, also 1,50 Mk. pro Tag. Die Hilfsmeister im Spinnsaal werden mit einem Taglohn von 1,80 bis 1,90 Mk. abgespeist, dagegen erhält ein Meister den fürstlichen Monatsgehalt von 60 Mk.

Arbeitersekretariat. Der Stadtrath von Kaiserslautern hat die Errichtung eines Arbeitersekretariats auf städtische Kosten mit unentgeltlicher Auskunftsertheilung ab 1. Januar 1903 beschlossen. Die Kosten sind auf 3000 Mk. im Jahre veranschlagt.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Crimmitschau wurden die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Arbeitnehmer-Kandidaten mit 630 Stimmen gewählt. Bei der Wahl im Jahre 1899 wurden 481 Stimmen abgegeben. Arbeitgeber-Kandidaten hatte das Kartell nicht aufgestellt.

Das neue Gewerbegerichts-Statut für Hattingen (Ruhr) hat die Proportionalwahl festgestellt. Außerdem ist bestimmt, daß die Wahl Sonntags vorgenommen wird.

Gewerkschaftskohlen. Wie schon früher hat das Gewerkschaftskartell in Nürnberg auch für das laufende Jahr wiederum mit einer Firma die Lieferung von Brennmaterialien für die Gewerkschaftsmitglieder abgeschlossen.

Der kreißende Berg scheint wieder einmal ein winziges Mäuschen gebären zu wollen. Der große, in vielen Kreisen mit Spannung erwartete Prozeß wegen des Gommerner Landfriedensbruchs, wird in den amtlichen Zustellungen, der „Magdeb. Volksst." zufolge, nur noch als Massenauflauf bezeichnet. Die Vorladungen zu der am 2. Juni und folgende Tage stattfindenden Verhandlung sind an 47 Angeklagte, Männer und Frauen, gerichtet. — Wenn noch etwas nachgelassen wird, dürften vielleicht nur einige Polizeistrafen wegen „groben Unfugs" herauskommen.

Wegen Beleidigung des Landraths v. Lamprecht in Grünberg wurde Genosse Stolpe, der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in der bayerischen Abgeordnetenkammer den Antrag eingebracht, es möge die Gemeindeordnung dahin abgeändert werden, daß nicht mehr die Gemeindebürger allein wahlfähig sein sollen, sondern alle Gemeindeangehörigen, welche das selbstständige Heimathsrecht in der Gemeinde besitzen. Der Antrag ist sehr vernünftig. Es geht nicht an, daß eine Handvoll Bürger ein Vettern- und Basenregiment führen und die anderen Gemeindeangehörigen einfach die Kosten dafür tragen, was die ersteren beschließen oder unterlassen. Unsere Parteigenossen sind noch sehr bescheiden, indem sie das Wahlrecht nur auf die Heimathberechtigten ausdehnen. Trotzdem werden sie in der Kammer und bei der Regierung wenig Gegenliebe mit ihrem Antrag finden.

Die Anträge zum vierten deutschen Gewerkschaftskongreß liegen nunmehr vor. Zur Tagesordnung wird als Ergänzung von mehreren Stellen beantragt, die „Stellung der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden" zu erörtern. Von je einer Seite werden noch beantragt „Das System der privaten Pensionskassen auf den industriellen Werken" und eine Verschiebung des Themas „Reichsarbeitersekretariat" von Punkt 2 auf Punkt 5 der Tagesordnung. Zur Agitation werden ein Arbeitersekretariat wie das Beuthener für Saarbrücken, die Abhaltung perio-

Muttersohn.

Roman von Arthur Zapp.

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Otto befindet sich in rosiger Laune. Er ist im Wohnzimmer bei Frau und Kind. Er tändelt mit seinem Kleinen, den er auf seinen Knieen reiten läßt, er erzählt seiner Frau von der Audienz, die er beim Justizminister gehabt hat. In drei Monaten kann er auf seine Anstellung rechnen, dann läuft seine Kündigungsfrist ab.

Das behagliche Plaudern wird durch das eintretende Dienstmädchen gestört. „Herr Assessor, Ihr Herr Bruder ist da!" meldet sie. „Er möchte den Herrn in einer dringenden Angelegenheit sprechen. Ich habe ihn in das Studirzimmer geführt."

„Gut!" bescheidet Otto und erhebt sich. Er trägt seinen Sohn zur Mutter und küßt diese auf die Stirn. „Ich werde Karl zum Mittagbrod hier behalten", sagte er, „nicht?"

Ueber das Gesicht der jungen Frau gleitet ein flüchtiger Schatten. Ihr Schwager ist ihr durchaus nicht sympathisch. Im Gegentheil, sie kann in seiner Nähe ein Gefühl von Unbehagen, ja von stillem Unbehagen nicht ganz unterdrücken. Aber sie ordnet ihre Empfindungen dem Wunsche des Gatten unter. „Gewiß, wenn Du meinst", giebt sie ergeben zurück.

Otto geht. Schon auf dem Flur hört er des Bruders Schritte, der in seinem Zimmer ungeduldig auf und ab zu schreiten scheint. „Was hat er, was will er?" fragt sich Otto. „Kommt er endlich, um meine Hilfe in Anspruch zu nehmen?"

Karl steht mitten im Zimmer und starrt den Eintretenden mit weit aufgerissenen, blutunterlaufenen Augen an. Das Haar hängt ihm wirr ins Gesicht, seine Brust hebt sich unter schnellen Athemzügen.

Otto erschrickt. „Was ist Dir?" ruft er besorgt. „Ist irgend ein Unglück geschehen? Ist Jemand erkrankt? Vielleicht Mutter?"

Karl, der im ersten Augenblick bei Ottos Anblick, der ahnungslos, freundlich lächelnd eingetreten, wie betäubt dagestanden, stürzt jetzt plötzlich zu dem Bruder hin, und packt, seiner Aufregung nicht mehr mächtig, Otto's Arm. Seine Blicke sprühen ihn an, als wollten sie ihn vernichten. „Du .... Du hast's gethan .... Du allein!" keucht er fast athemlos.

Otto ist mehr überrascht als bestürzt. „Aber was willst Du denn von mir, Karl?" sagt er noch immer ganz ahnungslos.

In Karls dunkelflammendem Antlitz zucken Haß und Zorn und Verachtung. „Wo hast Du die viertausend Mark hergehabt?" herrscht er den Bruder an. „Die viertausend Mark, mit denen Du vor drei Jahren am vierten April Dein Akzept eingelöst hast?"

Völlig fassungslos, mit fahlem Gesicht, taumelt Otto zurück. Er hält sich an dem Stuhl fest, der in seiner Nähe steht. Ganz zerschmettert sinkt er darauf nieder. Er ist jetzt nicht mehr im Stande, sein Schuldbewußtsein zu verbergen. Zu jäh, zu unvermittelt hat ihn dieser Streich getroffen.

Karl steht vor dem Schuldigen. Er packt ihn an beiden Schultern und schüttelt ihn in heftigster Empörung. „Elender! Schändlicher!" zischelt er ihm ins Gesicht, „Du bist es also wirklich gewesen. Du hast gestohlen, Du ... und hast mich ins Gefängniß wandern lassen. Ich habe auf der Anklagebank sitzen müssen für Dich ... Du, Du, erbärmlicher Wicht Du!"

Otto wehrt sich nicht, er vertheidigt sich nicht. Er sitzt wie betäubt, wie vernichtet, den stieren Blick zu Boden gesenkt.

Karl läßt von dem Wehrlosen ab. Sein erster Zorn hat sich ausgetobt. Er drückt seine beiden Hände gegen die Augen. Auch ihn überkommt es wie ein Schwindel, sein Herzschlag rast so ungestüm, daß er ihn hört, daß er ihn fühlt bis hinauf zum Halse. Aus tiefster Brust athmet er auf. Es ist ihm, als ob eine schwere Last von ihm weiche. Der Dieb ist gefunden, der wirkliche Dieb! Er leugnet nicht einmal. Und nun darf ihn .... ihn selbst Niemand mehr der schimpflichen That bezichtigen; Niemand darf ihn mehr verdächtigen. Rein steht er da, makellos, und jedem Menschen kann er wieder frei ins Gesicht sehen.

Und sein Sohn, sein einziges Kind! Noch zur rechten Zeit stellt sich des Vaters völlige Schuldlosigkeit überzeugend, unwiderleglich heraus. Sein Sohn wird ihn achten, sein Sohn wird ihn lieben, sein Sohn wird ihn verehren, rückhaltlos, immer ... immerdar! O welch ein Glück, welch ein ungeheures Glück!

Ein dumpfer, ächzender Laut, der durch das Zimmer dringt, weckt ihn aus seinem Freudentaumel. Wirr sieht er sich um. Wo ist er denn? Warum eilt er nicht zu Frau und Kind? Sein Blick fällt auf Otto. Im Nu verzerrt sich sein Gesicht vor Wuth, und das Glücksgefühl, das ihn noch soeben durchglüht hat, schlägt in Zorn und Haß um.

„Pfui!" ruft er und stürzt auf's Neue zu Otto hin. „Pfui! Wie erbärmlich, wie gemein! Mitleid und Liebe hast Du mir geheuchelt, während Du mich grausam in das Gefängniß stießest für das, was Du selber begangen. In Schmach und Schande hast Du uns gestürzt, Helene und mich. Wochenlang hat sie keinen ruhigen Schlaf gehabt, und ganze Tage und Nächte hat sie durchweint in Kummer und Angst. Und Du .... Du hättest nur ein Wort zu sagen brauchen. Aber Du hast geschwiegen, Du feiger, ehrloser Mensch! Du hast wohlweislich geschwiegen und hast ruhig zugesehen, wie sie mir als gemeinem Diebe den Prozeß machten. Dir war's ja recht, daß ich auf die Anklagebank kam. Nun warst Du ja sicher, Du ... Du ... Du ...!"

discher Unterrichtskurse über Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung und gemeinsame Provinzial-Agitations-Kommissionen beantragt. Für die Agitation unter den Frauen beantragen die Buchdruckerei-Hilfsarbeiter die Einsetzung einer Frauenagitationskommission. Zur Streikunterstützung und Streikstatistik liegen zwei Anträge vor, zum Reichsarbeitersekretariat einer. Drei Anträge beschäftigen sich mit der Presse der Generalkommission, ein anderer Antrag will, daß in Zukunft nur Delegirte von Zentralverbänden an den Kongressen theilnehmen, ein dritter empfiehlt eine Eingabe in Sachen des Submissionswesens an die Bundesregierungen. Zu Punkt 8 der Tagesordnung, die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation, liegen 7 Anträge, zum Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte ein Antrag vor. Punkt 10 der Tagesordnung „Allgemeine Anträge" ist mit 13 Anträgen bedacht. Da wird eine Umfrage in Sachen der Wohlfahrtskassen, eine Aenderung der Gewerbeordnung zu Gunsten tariflicher Abmachungen, eine Reihe von Vorschlägen zur Konkurrenz der Gewerkschaften in Fragen der Zugehörigkeit und des Berufswechsels gestellt. Ein anderer Antrag will eine zentrale Zuschußkasse, zwei wollen energischere Ausgestaltung der Maifeier. — Das ist ein Theil des Füllhorns der bisher gestellten Anträge, das auf dem Kongreß sicher noch eine wesentliche Bereicherung finden wird.

Arbeiterinnen und Dienstmädchen als Prostituirte in Berlin. Blaschko stellt ist seiner Schrift „Hygiene der Prostitution" fest, daß binnen 44 Jahren — von 1855 bis 1898 — in Berlin die Betheiligung der Arbeiterinnen an der Prostitution von ungefähr 71 auf ungefähr 43 Prozent, also fast auf die Hälfte gesunken, die Betheiligung der Dienstmädchen von ungefähr 7 auf 51 Prozent, also auf das Siebenfache, gestiegen ist. Es geht daraus unzweifelhaft hervor, daß die sozialen Verhältnisse der Arbeiterinnen und auch der sittliche Rückhalt ein ungleich besserer ist als in den Kreisen der Dienstboten, bei denen sowohl in der ungünstigen rechtlichen Lage als auch in den äußeren Lebensbedingungen zahlreiche Momente gelegen sind, die sie der Prostitution in die Arme treiben. „Dazu kommt, daß der größere Theil der weiblichen Dienstboten sich vom Lande rekrutirt, von wo sie, was den Geschlechtsverkehr betrifft, die ungenirt natürlichen Anschauungen der Landbevölkerung mit in die Stadt bringen; noch heute verweist, wie ehedem, die Tradition des preußischen Heeres den preußischen Grenadier zur Befriedigung seiner geschlechtlichen Bedürfnisse an die Küchensee."

Eine Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands wird, wie die „Gleichheit" berichtet, dieses Jahr vor dem sozialdemokratischen Parteitag zu München stattfinden. Die Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands hat im Einvernehmen mit den Genossinnen von Berlin als Ort der Konferenz München vorgeschlagen, als Punkte der provisorischen Tagesordnung: 1) Thätigkeitsbericht. 2) Wie bilden wir Agitatorinnen heran? 3) Gesetzlicher Schutz der Arbeiterinnen, der Kinder und der Heimarbeit. 4) Die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, insbesondere auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungsrechts. 5) Verschiedenes. — Eine Umfrage bei allen Vertrauenspersonen der Genossinnen wird über den Ort der Konferenz und die Feststellung der provisorischen Tagesordnung entscheiden.

Der „Petit Son", das Tagesorgan der Blanquisten und Guesdisten in Paris, hat mit dem 16. Mai sein Erscheinen eingestellt. Schon seit längerer Zeit befand sich das Blatt in einer bedenklichen finanziellen Lage. Mit knapper Noth gelang es, sein Verschwinden bis nach den Wahlen hinauszuschieben. Das Blatt wurde bekanntlich gegründet mit Hülfe des reichen Alfred Edwards. Aber das gespendete Kapital — an die 700 000 Franken, wie es heißt — hat nicht genügt, um die Zeitung durch Gewinnung eines weiten Leserkreises auf eigne Füße zu stellen. Was das Eingehen ihres täglichen Kampforgans für die „Revolutionär-Sozialistische Einigkeit" bedeutet, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Möge es unseren Genossen bald gelingen, Ersatz für den Verlust zu schaffen.

Ein Streik in Rußland. Eine der größten Streikbewegungen, die Rußland in den letzten Wochen erlebt hat, ist die auf der Botkinschen Fabrik im Gouvernement Wjatka, die über 2000 Arbeiter beschäftigt. Am 4. April morgens früh versammelten sich plötzlich alle Arbeiter der Fabrik und statt an die Arbeit zu gehen, zogen sie zu dem Haus des Fabrikverwalters. Die Masse nahm den Verwalter in ihre Mitte und der Zug, dem ein Arbeiter eine rothe Fahne mit der Inschrift „Einer für alle, alle für einen" vorantrug, bewegte sich auf den Platz vor der Kirche zu, wo er von der ganzen Bevölkerung des Ortes empfangen wurde. Hier wurden dem Verwalter schriftlich die Forderung des Achtstundentages und noch einige andere betreffend die Entlohnung vorgewiesen. Der Verwalter weigerte sich, die Forderung anzunehmen, doch die Menge erklärte, er könne nicht eher freigelassen werden, bevor man nicht seine Unterschrift habe. Der Verwalter wehrte sich bis 5 Uhr Nachmittags, als er aber sah, daß er anders nicht loskam, unterschrieb er. Die Streikenden verhielten sich ruhig, auf den Straßen sah man keine Betrunkenen. In der darauffolgenden Nacht erschien aus Sarapul der Prokurator mit dem Isprawnik, die zwei der beliebtesten Kameraden unter den Arbeitern verhaften ließen. Am anderen Morgen gingen nun die Arbeiter statt in die Fabrik, nach ihren Genossen zu fahnden. Der erste Weg war zu dem Stanowoi, als dieser jede Auskunft verweigerte, demolirte man seine Wohnung. Von hier zog die Menge zu dem Prokurator, schließlich gelang es, die Verhafteten in der Wohnung des Stadtrichters aufzufinden, den die Arbeiter vertrieben und die eingekerkerten Kameraden wurden im feierlichen Zuge nach Hause gebracht. Mit welcher Sympathie die ganze Bevölkerung dem Streik gegenübersteht, beweist die Thatsache, daß obgleich diese schon einige Tage über die Vorbereitung zu dem Streik wußte, die Administration der Fabrik und die Polizei nicht das geringste geahnt haben. Beim Beginn des Streiks wurden alle Telegraphendrähte abgeschnitten und auf allen zur Ortschaft führenden Wegen Posten aufgestellt. Ueber den Verlauf des Streiks wird berichtet, daß Militär abgesandt und der Streik unterdrückt worden ist. 35 Personen sind durchgepeitscht worden, unter ihnen auch ein Schüler der Kunstakademie in Petersburg. Entlassen sind aus der Fabrik 40 Arbeiter, acht befinden sich in Haft.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Ulan Bernecker von der fünften Eskadron des Ulanen-Regiments Nr. 12 in Insterburg schläft bereits drei Wochen. Er giebt zwar auf die an ihn gerichteten Fragen Antwort, doch sind diese ganz unverständlich. Die Aerzte stehen vor einem Räthsel. — Beim Löschen des aus New-York in Antwerpen eingetroffenen britischen Dampfers „British Empire" sind drei Arbeiter durch giftige Gase im Laderaum erstickt; drei andere wurden schwer krank in's Hospital gebracht.

Eine Prostituirte darf man nicht Dirne nennen. Vor dem Kölner Schöffengericht war eine Prostituirte angeklagt, den Schutzmann Schmidt durch die Worte „Unverschämtheit und Gemeinheit" beleidigt zu haben. Es handelte sich um die Nachforschung nach einer anderen Frauensperson, und die Angeklagte wurde im Bette liegend angetroffen. Sie und ihre Putzfrau bekunden, der Schutzmann habe sie (die Erstere) zuvor „Dirne" genannt. Der Beamte wußte sich vor Gericht der Sache so genau nicht zu erinnern. Der Staatsanwalt führte aus, eine Berechtigung für den Schutzmann, das Wort „Dirne" zu gebrauchen, habe nicht bestanden. Die Gerichtsbehörden dürften das Wort in der Ladung auch nicht gebrauchen. „Das ist hier aber geschehen," sagte der Richter. „Ja, das wundert mich eben," bemerkte der Staatsanwalt, und beantragte, die Angeklagte freizusprechen, weil sie sich in Wahrung berechtigter Interessen befunden habe; mindestens aber handele es sich doch um eine wechselseitige Beleidigung. Das Gericht erkannte freisprechend.

Der Kaiser frühstückt. Man schreibt der „Frankf. Ztg." aus Wiesbaden vom 18. ds.: In einem der berühmtesten Rheingauer Weinorte, nicht allzuweit von Wiesbaden, entstand in der vorigen Woche plötzlich große Aufregung; und das kam so: Aus dem auf der Weinkarte gleichfalls sehr gut angeschriebenen Nachbarort war telephonirt worden: „Der Kaiser wird Ihnen jedenfalls nachher einen Besuch abstatten; er ist auf dem Spazierritt hierher abgestiegen und frühstückt mit seiner Begleitung eben bei N. N." Natürlich war das gleichbedeutend mit Alarmirung der Garnison. Die Schule wurde geschlossen, die liebe Jugend in den Sonntagsstaat gesteckt, die Fahnen wurden herausgethan, und allen Leuten, die möglicherweise die Ehren haben könnten, bei einer Begrüßungsansprache stecken zu bleiben, schlug das Herz vernehmlich im Busen. Eine Stunde verging. Man fragte telephonisch bei der aufmerksamen Nachbargemeinde, ob der Kaiser wohl bald zu erwarten sei? Antwort: „Der Kaiser frühstückt noch." Die zweite Stunde verging den bängstlich Harrenden. Auf die wiederholte Frage die vertröstende Antwort: „Der Kaiser frühstückt immer noch." Aber selbst das Frühstück eines Monarchen kann nicht ewig dauern, und schließlich kam die Nachricht: „Der Kaiser hat sich eines andern besonnen und ist heimgeritten; er kommt wohl das nächste Mal zu Ihnen." Vielleicht kommt er dann auch gleichzeitig dahin, wo er diesmal gefrühstückt haben soll, denn das Ganze war — Foppterei.

Intimes aus bürgerlichen Stadtverwaltungen. In Eisenach spielt gegenwärtig eine Skandalgeschichte, in welche der dortige Oberbürgermeister von Fewson mit verwickelt ist. Während der Amtsthätigkeit desselben als Bürgermeister in Apolda wurde der Polizeiwachtmeister Richter wegen Unredlichkeiten vom Gemeinderath nicht wiedergewählt, dessen ungeachtet stellte ihn der mittlerweile nach Eisenach übergesiedelte Bürgermeister v. Fewson in einer ähnlichen Stelle in Eisenach wieder an. Jetzt ist der Polizeiwachtmeister Richter wegen Diebstahls in Untersuchung genommen. In einer Bürgerversammlung wurde auch beschlossen, gegen v. Fewson das Disziplinarverfahren zu beantragen, da der Bürgermeister trotz erfolgter Anzeige Unredlichkeiten (Bestechung durch Lieferanten) des städtischen Baumeisters geduldet habe. — Aus Dessau wird gemeldet: Der Polizeikanzleigehülfe Bruno Schmidt ist Freitag vor Pfingsten Knall und Fall entlassen worden. Er hatte die Personalakten der Kontroldirnen zu führen und dadurch genaue Kenntniß der Verhältnisse in der Z . . . . . gasse erworben. Das ist ihm zum Verhängniß geworden, indem der übrigens verheirathete Beamte mit den Bordellwirthinnen u. s. w. in ein intimes Vertrauensverhältniß trat und obendrein die Weiber um größere Beträge — so z. B. in einem Einzelfall um 85 Mk. — angepumpt hat. Gefahren, die den Bewohnern der Z . . . . . gasse seitens der Behörde drohten, kündete er im Voraus an und kleidete eine solche Warnung in einem Briefe in die Worte, daß er, so Gott will, die Gefahr abwenden werde. Es bestätigt sich also hier wieder, daß die Gemeinheit und Niedertracht den lieben Gott immer gern als Verbündeten engagirt. Der jetzt ohne jedwede Pensionsansprüche zum Tempel hinausgejagte Beamte hatte sich schon vorher der besonderen Nachsicht des Oberbürgermeisters zu erfreuen. Er war einer der seiner Zeit aus Meerane dem Chef gefolgten Beamten und gab damals schon durch eine recht häßliche Vorstrafe dem Stadtverordneten Räntsch Anlaß, gegen seine Anstellung zu protestiren. Ausgehend von dem Grundsatz, auch einmal einem Gefallenen Gelegenheit zur Besserung zu geben, trat Oberbürgermeister Ebeling für seine Anstellnog ein und erzielte auch dafür eine knappe Majorität. Jetzt hat sich nun seine totale Unzuverlässigkeit — übrigens nur durch einen Zufall, dem der sozialdemokratische Stadtverordnete Stelzer auf die Spur kam — herausgestellt.

Ein Doppelselbstmord wegen eines Preßprozesses. Grazer Blätter melden: Der Setzer Josef Candutti, Obmann des Arbeitervereins, und dessen Geliebte Marie Grusovin suchten und fanden Donnerstag gemeinsam den Tod im Isonzo. In einem zurückgelassenen Briefe Canduttis heißt es: „Wie allen bekannt ist, hat seine Exzellenz Herr Baron Albin Teuffenbach, obwohl er wußte, daß ich unschuldig war, mich verurtheilen lassen wollen, und zwar zu 2½ Monaten schweren Kerkers und einem Fasttag alle 15 Tage; dieser Strafe kann ich mich nicht unterziehen, weil ich physisch zu schwach bin und weil ich, in einem Lokal eingesperrt, gewiß daran sterben würde." Candutti schrieb Briefe auch an die Kollegen sowie an die eigene Frau; in allen diesen Briefen giebt er die Verurtheilung als Motiv des Selbstmordes an. Candutti war verheirathet und hinterläßt drei Kinder. Die Verurtheilung, deren Folge der Selbstmord zweier Menschen war, ist in ein ganz unerklärliches Dunkel gehüllt. Zur Verhandlung der Klage wider den in Görz wohnenden Setzer war nämlich das Innsbrucker Gericht delegirt gewesen: ein Fall, der bei Ehrenbeleidigungen selten vorkommt und doch gerechtfertigt werden müßte. Noch auffallender war das, daß bei der Verhandlung — über eine Ehrenbeleidigungsklage! — die Oeffentlichkeit ausgeschlossen worden war: angeblich aus nationalen Gründen! Diese merkwürdigen Umstände waren schon damals höchst auffallend, durch den Selbstmord erhalten sie den Charakter tragischer Schuld. Es wird wohl möglich sein, so meint die „Wiener Arbeiterzeitung", den Justizminister zu bewegen, über den Fall aktenmäßig Aufschluß zu geben und den jetzt unabweislichen Verdacht zu zerstreuen, daß bei der Handhabung der Gerechtigkeit für den Baron und gegen den Arbeiter schlimme Parteilichkeit gewaltet hat.

Er findet kein Wort, um den flammenden Haß, die unsägliche Verachtung, die ihn in diesem Augenblick in jedem Blutstropfen, in jeder Faser erfüllt, zu kennzeichnen. Er nimmt seinen Hut und stürzt hinaus. Draußen stürmt er im Geschwindschritt vorwärts, so daß sich die Leute auf der Straße erstaunt nach ihm umsehen. Der Schweiß läuft ihm in Strömen vom Gesicht. Er springt in eine Droschke, die seinen Weg kreuzte, unterwegs treibt er den Kutscher zur Eile an. Drei Jahre, drei lange Jahre ruht der Verdacht des Diebstahls auf ihm. Kein Wunder, daß er danach fiebert, endlich als völlig makellos dazustehen, zunächst vor Helene, seinem geliebten Weib.

Infolge des schnellen Laufens klopft sein Herz stürmischer als zuvor. Unwillkürlich fährt er mit der Hand nach der linken Seite, als wolle er den rasend schnellen Schlag anhalten. Eine plötzliche Angst befällt ihn. Wenn ihn nun ein Herzschlag treffe, wenn ihn die Aufregung tödtete? Dann müßte er sein Geheimniß mit ins Grab nehmen, Otto würde weiter schweigen und als Ehrenmann gelten, während sein Andenken für immer gebrandmarkt wäre!

In furchtbarer Aufregung langte er endlich zu Hause an. Zum Glück findet er Helene allein im Wohnzimmer. Er stürzt ihr mit ausgebreiteten Armen entgegen. „Helene!" schreit er und kann kein Wort weiter hervorbringen. Sein Gesicht zuckt vor tiefster seelischer Erregung, seine Augen strömen über, und letzt aufschluchzend stürzt er vor Helene in die Knie. Er drückt sein thränenüberströmtes Gesicht in Helenes Kleiderfalten und weint wie ein Kind.

„Helene!" ruft er, gleich darauf wieder sein Antlitz erhebend. „Ich bin unschuldig, ich kann's nun ja endlich beweisen, daß ich unschuldig bin. Es ist heraus, Otto . . . . Otto war's!"

Sie versteht ihn nur halb und möchte auch gerne das Weitere wissen. Aber sie wartet geduldig, bis er sich so weit beruhigt hat, um ihr endlich mittheilen zu können, was geschehen ist.

Karl ist wieder auf seine Füße gesprungen. Die immer noch in ihm tobende Erregung treibt ihn im Zimmer auf und ab. Hin und wieder bleibt er stehen, preßt die Hand gegen die Stirn und wirft einen strahlenden Blick zu Helene hinüber und athmet aus tiefster Brust auf. „O Helene, Helene!"

Endlich hat er sich soweit gefaßt, daß er zusammenhängend zu erzählen vermag. Aber bevor er seinen Bericht beginnt, giebt er seinem Entzücken in den Jubelsworten Ausdruck: „Daß ich das noch erlebt habe! O mein Gott, mein Gott! Du weißt ja nicht, wie mir zu Muthe ist! . . . Gott sei Dank!"

Dann erzählt er in hastigen, einander überstürzenden Worten. Auch Helene ergreift ein Freudentaumel, und sie wirft sich ihm weinend und lachend an die Brust. Eine ganze Weile halten sie sich umschlungen und sehen einander tief und bewegt in die Augen und küssen sich in dem beseligenden Gefühl, daß ihnen ein großes, unverhofftes Glück widerfahren ist, das größte, das ihnen hätte beschert werden können.

Endlich setzten sie sich nebeneinander und während sie einander innig die Hände halten, wie ein junges Liebespaar, besprechen sie etwas ruhiger, was nun zunächst zu geschehen habe.

Der grelle Ton der Flurklingel unterbricht ihren Gedankenaustausch. Helene eilt hinaus, um zu öffnen. Die Mutter steht vor ihr und hinter ihr . . . . es geht wie ein elektrischer Schlag durch ihren Körper . . . erblickt sie ihren Schwager Otto.

Die Mutter heftet einen raschen, ängstlichen Blick auf sie. „Ist er zu Hause?" flüstert sie. Helene nickt und läßt die Eintretenden an sich vorbei. Im Zimmer schreitet die Mutter langsam auf Karl zu, während Otto an der Thür stehen bleibt, das Gesicht zu Boden gekehrt, seinen Hut in den Händen, wie ein armer Bittsteller. Helene, die zuletzt in das Zimmer getreten ist, schließt die Thür hinter sich. Karl zuckt heftig zusammen, als seine Blicke den Bruder treffen. Frau Köster hat sich ihrem Aeltesten mit müden, schleppenden Schritten genähert. Noch nie haben sich die Furchen in ihrem Gesicht so tief und sichtbar ausgeprägt wie heute.

„Otto hat mir alles erzählt," beginnt sie mit schwacher Stimme, „aus Furcht vor Vatern hat er es damals gethan. Das Messer saß ihm damals an der Kehle. Er war dicht vor dem Assessorenexamen. Er wußte sich keinen Rath und keine Hilfe mehr, und in einem Anfall von Verzweiflung ließ er sich dazu hinreißen. Furchtbar hat er gelitten darum, furchtbar!"

„Er hat gelitten?" ruft Karl mit heftigem Ungestüm. „Er? Was hat er denn gelitten? Er, der frei umher ging, den Niemand verdächtigte, der für Alle der anständige, ehrenhafte Mann war, den man bedauerte, daß er einen so ungerathenen Bruder besaß, wie ich einer war, ich, den man ins Gefängniß steckte, und auf den man mit Fingern wies, und dem man noch heute nicht traut! Er hat gelitten, sagst Du, er?!"

Er sieht der Mutter zornig ins Gesicht. Die alte Frau legt ihre zitternde Hand auf den Arm des Wüthenden und sieht ihm mit bittenden Blick ins Auge. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck